Donnerstag, 27. Januar 1927. Einzelnummer 25 Groschen
mit illustrierter Beilage 40 Gr.
66. Jahrgang. Nr. 21.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Erscheint an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zł, bei den Ausgabestellen 5.25 zł, durch Zeitungsboten 5.50 zł, durch die Post 5.— zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr. Auslandinserate: 100% Aufschlag.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die erste Sejmsitzung im neuen Jahr.

Eröffnung durch den Marschall Rataj. — Die Auslieferungsdebatte. — Erklärungen des Vizepremierministers Bartel. — Eine traurige Notwendigkeit. — Lärm und Ausschluß des Abgeordneten Wojwodzki. — Strenge Maßnahmen gegen die weißrussischen Führer. — Verweisung des Regierungsantrages an die Kommission. — Eine neue Aera zur See. — Um den Haushaltsplan. — Der neue Postminister. — Anträge. — Mißtrauensantrag gegen den Sejmmarschall.

Warschau, 26. Januar. (Pat.) Zu Beginn der gestrigen Sejmsitzung erklärte der Sejmmarschall Rataj, daß die im Sejm eingelaufenen Dekrete heute verlesen würden. Dann verlas er die Antwort des Justizministers auf das Schreiben des Marschalls in der Angelegenheit der Abgeordnetenverhaftungen. Nach Einlaufen des Antrages auf Einwilligung des Sejm in die Einleitung des Strafverfahrens habe sich der Marschall an die Geschäftsordnungskommission um Erledigung der Angelegenheit gewandt, aber wegen des Einspruchs eines der Mitglieder habe die Kommissionssitzung nicht stattgefunden, und im Zusammenhang damit mußte der letzte Punkt der Tagesordnung „Bericht über die Auslieferung der verhafteten Abgeordneten“ fortfallen.

Zur Tagesordnung ergriff der Abg. Sobolewski von der weißrussischen „Hromada“ das Wort, um gegen die Verhaftung der Abgeordneten und die Angriffe gegen die nationalen Minderheiten zu protestieren. Er stellte den Antrag, daß der Sejm die **sofortige Freilassung der verhafteten Abgeordneten beschließen solle.** Im Laufe seiner Rede wurde der Abg. Sobolewski vom Marschall mehrmals zur Ordnung gerufen. Der Abgeordnete Sochacki von der Kommunistischen Fraktion beantragte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung des Marschalls Pilsudski. Der Sejmmarschall erklärte, daß er diesen Antrag nicht zur Abstimmung geben könne, da es möglich sei, **daß der Sejm die Auslieferung der Abgeordneten versage, und bis zur Entscheidung** dieser Angelegenheit durch den Sejm nur der Marschall das Recht habe, eine Freilassung zu verlangen.

Auf Grund der vom Justizminister erhaltenen Informationen sei der Marschall jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß er für eine Freilassung der Verhafteten **keine Verantwortung übernehmen könne.** Seinen Beschluß brauche der Marschall nicht zu motivieren, denn es handle sich hier um ein diskreditionelles Recht des Marschalls. Wenn der Sejm Zweifel haben sollte, ob dieses Recht in guten Händen liege, dann habe er doch die Möglichkeit, eine andere Person auf diesen Posten zu berufen. Der Antrag des Abg. Sochacki könne in einer der nächsten Sitzungen erörtert werden.

Darauf ergriff

der Vizepremier Bartel

das Wort, um folgendes zu erklären:

„Das Recht zur Auslieferung der fünf Abgeordneten, deren verbrecherische Tätigkeit durch Dokumente nachgewiesen und von der Regierung bestätigt wurde, bedeutet für die Herren Abgeordneten eine traurige Staatsnotwendigkeit. Die Freiheitsberaubung der fünf Abgeordneten bildet auch eine traurige Notwendigkeit für den Justizminister. Was das Meritum der Angelegenheit betrifft, so möchte ich von dieser hohen Tribüne aus betonen, **daß die Feststellung einer staatsfeindlichen Aktion eine schnell entschlossene Reaktion von seiten der Regierung nach sich ziehen mußte.** Ich will ferner betonen, daß die Regierung **mit derselben Entschiedenheit in Zukunft jede ähnliche Aktion vereiteln wird.** Nur dank des rücksichtslosen Vorgehens können wir heute diesen Teil der antistaatlichen Tätigkeit als vereitelt betrachten. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, um nicht der Sämann einer Panik zu werden. (Hier ruft der Abg. Wojewódzki: „Beweise!“) Der Marschall ruft ihn zur Ordnung und läßt ihn ins Protokoll einschreiben, da er sich aber nicht beruhigt, wird er vom Marschall von der Sitzung ausgeschlossen. Wegen weiteren Lärmens schließt ihn der Marschall für zwei Sitzungen aus und fordert ihn auf, den Saal zu verlassen. Als diese Aufforderung erfolglos blieb, wurde der Abgeordnete Wojewódzki für drei Sitzungen ausgeschlossen, mit dem Bemerken, daß er dem Sejm, wenn er jetzt nicht Folge leisten sollte, seine Ausschließung für einen Monat vorschlagen werde. Da der Abg. Wojewódzki weiter lärmte, schlug der Marschall dem Sejm seine Ausschließung für einen Monat vor, was der Sejm mit Stimmenmehrheit beschloß.

Die dem polnischen Staate feindliche Strömung hat in gefährlichem Grade nur einen kleinen Teil des Staatsgebietes zu erfassen vermocht. Die Regierung hielt es nicht für geboten, mit einer strengen Repression der Bevölkerung gegenüber vorzugehen, die sich in den Methoden und Zielen ihrer ungeladenen Verteidiger nicht orientiert. Sie war aber mit um so größerer Entschiedenheit gezwungen, sich der Aktion von Führern entgegenzustellen, die sich der Tätigkeit zum Schaden des Staates bewußt sind. **Uebrigens kann der Staat es nicht dulden, daß Leute, die sich hinter der Abgeordnetenwürde verbergen, straffrei ausgehen, wenn sie sich offenen Verrat zu schulden kommen lassen.** Es ist nicht Aufgabe des polnischen Sejm, ihnen ein Asylrecht zu gewähren. Die Logik verlangt es, daß das belastende Material mit der in dieser Angelegenheit nötigen Genauigkeit geprüft wird. Nur die zuständige Kommission ist berufen, „den Beratungsgegenstand für den Sejm vorzubereiten“, um die Worte der Geschäftsordnung zu gebrauchen. Alle Motive werden von der Regierung dieser Kommission in möglichst ausführlicher Form vorgelegt werden. Ich bitte die Herren Abgeordneten im Namen der Regierung, den Antrag an die Geschäftsordnungskommission zu verweisen.“

Als **dieser Antrag angenommen** war, ordnete der Marschall eine Pause von zehn Minuten an. Nach Wiederaufnahme der Beratungen gab der Marschall zunächst den Beschluß des Seniorenkonvents zur Kenntnis, der die Redezeit in der Haushaltsdebatte für die einzelnen Parteien bestimmt. **Die Diskussion soll tagtäglich am Vor- und Nachmittag bis zum 10. Februar mit einer Unterbrechung vom 30. Januar bis zum 2. Februar geführt werden.**

Der Abg. Bator vom Nationalen Volksverband referierte dann den Entwurf einer Novelle zum

Gesetz über das Natio..alflottenkomitee.

Der Referent bemerkte, daß in maritimen Fragen überhaupt ein großer Fortschritt festzustellen sei, was sich aber von der maritimen Politik im besonderen nicht sagen lasse. Die vorgeschlagene Novelle soll hier eine neue Aera einleiten. Die günstigen Konjunkturen, die sich aus dem englischen Streik ergaben, haben auf den Schiffsverkehr im Danziger Hafen eingewirkt. Im Laufe des Jahres hätten 6000 Schiffe mit einer Tonnage von 3 600 000 Tonnen netto den Hafen von Danzig verlassen. Das sei eine Rekordziffer. Dieser Erfolg wäre nicht nur der Konjunktur zu verdanken, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Von der Gesamtziffer von 9 Millionen Tonnen Kohle seien über Danzig nur 3 Millionen, über Gdingen und Dirschau 1 Million ausgeführt worden. Wenn die Gesamtmenge über polnische Häfen ausgeführt worden wäre, dann würde es den Feinden Polens unmöglich gemacht worden sein, die polnische Meeresbasis anzufechten.

Der fremde Frachtgewinn an polnischen Waren betrage ungefähr 200 Millionen Zloty jährlich. Wenn diese Summe im Lande bliebe, würden die Schwierigkeiten Polens erheblich verringert. Das Schicksal der polnischen Meeresbasis hängt von der Entwicklung des polnischen Handels ab. Wenn der Handel zunehme, wären die deutschen Drohungen (!) bedrohlich. Man müsse zu einem größeren Anteil Danzigs am Export und Import beitragen. Im allgemeinen habe die Regierung einen guten Weg beschritten, und es sei nur zu wünschen, daß sie darin fortführe. Die Gesetzesvorlage wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Dann ging die Kammer zu den

Beratungen über den Haushaltsvoranschlag

für das Jahr 1927/28 über. Der Generalreferent, Abg. Byrka, bemerkte u. a., daß das Budget mit einem Ueberschuß von ungefähr 4 Millionen Zloty abschließe, die Personalausgaben betrügen 42 Prozent, die Investitionsausgaben 5 Prozent. Das sei ein ungünstiges Verhältnis, aber man könne sich nur soviel an Investitionen erlauben. Eine Besserung würde automatisch durch eine Expansion der Staatsaufgaben eintreten. Die größten Ersparnisse wären durch eine Vereinfachung der Verwaltung erreichbar. Nötig sei außerdem die Revision einiger Verträge, die in einer Zeit abgeschlossen wurden, da man sich in einer Zwangslage befand. Das Budget könne unter der Bedingung ausgeglichen werden, daß der Finanzminister dort, wo es nötig ist, die Bestimmungen des Artikels 5 des Finanzgesetzes, der die Ausfertigung von Monatsplänen bestimmt, die den Einkünften angepaßt sein sollen, in weitem Maße zur Anwendung bringt. Es bestehe die Befürchtung, daß der Minister vielleicht nicht energisch genug sein Recht verfechte. Als Beispiel könne die Tatsache dienen, daß vor einigen Tagen die Verordnung über die Bildung des Post- und Telegraphenministeriums erlassen worden sei, wodurch die Ausgaben steigen würden. Vom Standpunkt der gegenwärtigen politischen Lage aus betrachtet, sei jedoch die Ernennung des Abg. Miedziński zum Post- und Telegraphenminister sehr zweckmäßig gewesen, und zwar deshalb, weil Persönlichkeiten, die inoffiziell auf die Regierung und ihre Methoden einwirkten, Gelegenheit haben sollten, diesen Einfluß auf gesetzlichem Wege auszuüben und die tatsächliche Verantwortung zu tragen. Neben dem Haushaltsgleichgewicht sei auch die Legalität der Staatswirtschaft von nöten, wenn Polen im Innern des Landes, als auch im Auslande das Vertrauen wiedergewinnen wolle.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte der Referent, daß es sich hier um das **erste Budget handle, das auf wirkliches Gleichgewicht, ohne die Hilfe außerordentlicher Einkünfte, gestützt sei.** Er wäre also um die Aufrechterhaltung der Möglichkeit eines Haushaltsgleichgewichts beruhigt.

Der nächste Redner war der Abg.

Głąbiński vom Nationalen Volksverband.

Er bedauerte, daß die Regierung sich vor dem Sejm über ihr Programm in der Innen- und Außenpolitik nicht geäußert habe, um dann zu erklären, daß das Budget zwar eine Staatsnotwendigkeit sei, daß aber der Nationale Volksverband keiner Regierung, die sich auf den Grundsatz stütze „divide et impera“, und nicht danach strebe, alle politischen Werte im Volke zu vereinigen, das Budget bewilligen könne, da er zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben werde. Nach der Rede Głąbińskis wurde die weitere Haushaltsdebatte auf den heutigen Mittwoch vertagt.

Der Sejmmarschall teilte zum Schluß der Sitzung mit, daß der Abg. Moraczewski von der Sozialistenpartei sein Abgeordnetenmandat niedergelegt habe und daß folgende Anträge des Nationalen Volksverbandes eingelaufen wären:

1. Antrag über die Sicherheit der Staatsgrenzen; 2. Antrag über ein Gesetz gegen die Kommunisten. Außerdem haben die Klubs der weißrussischen „Hromada“, der Unabhängigen Bauernpartei, der Ukrainer und der Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen den Sejmmarschall eingebracht. Die nächste Sitzung findet heute 12 Uhr mittags statt. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Antrag auf Aussprechung des Mißtrauens gegen den Sejmmarschall.

*

Rätselraten um General Sosnkowski.

Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ bringt folgende Meldung aus Warschau: „Die „Gazeta Poranna Warszawska“ bringt im Zusammenhang mit den Gerüchten über eine Berufung des Generals Sosnkowski ins Kabinett die Nachricht, daß dem General Sosnkowski schon vor Antritt seiner Auslandsreise der Vorschlag gemacht worden sei, den Posten des Kriegsministers zu übernehmen, was der General von der Freilassung der gefangen gehaltenen Generale und der Gewährung der Bewegungsfreiheit in Personalangelegenheiten abhängig gemacht haben soll. Auf dieser Grundlage hat zwischen dem Premier und dem General Sosnkowski angeblich ein Briefwechsel stattgefunden. Vom Ergebnis der Verhandlungen schreibt das Blatt nichts. General Sosnkowski ist angeblich von der Riviera nach Aegypten gereist. Wir haben in der Angelegenheit des General Sosnkowski im Kriegsministerium Informationen eingeholt, die die Mitteilungen der „Gazeta Warszawska“ dementieren.“

Sejmeröffnung.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Zu Beginn wollen wir auf eine unsre eigene deutsche Fraktion auf das engste berührende Angelegenheit eingehen. Vor einigen Tagen haben wir davor gewarnt, daß die deutschen Sozialisten in ihrer Annäherung zu der polnischen sozialistischen Partei weiter gingen, als dies im Interesse der Einheit der deutschen Fraktion und vor allen Dingen im Interesse der Einheitlichkeit der deutschen Wahlaktion wünschenswert sein könne. Wir haben auch ernste Befürchtungen darüber gehegt, daß die Streitereien, die in Lodz leider zwischen den deutschen bürgerlichen Vertretern und den dortigen Sozialisten an der Tagesordnung sind, unheilvoll auf die Einheit einwirken und vielleicht den Ausgangspunkt oder gar die unbewußte Triebfeder zu den Einigungswünschen mit der polnischen sozialistischen Partei bilden könne. Diese Ausführungen haben uns einige Entgegnungen eingetragen, von denen uns die des sozialistischen „Volkswille“ in Oberschlesien die angenehmste und wichtigste war. Hier wurde nämlich, sei es auch mit einigen unhöflichen Worten, ganz klipp und klar ausgesprochen, daß man nicht daran denke, sich als „Seign...ieh“ für die polnischen S...alisten gebrauchen zu lassen. Und ebenso entschieden wurde der Gedanke einer Vereinigung mit dem polnischen Sozialisten abgelehnt. Diese Erklärung befriedigt uns durchaus. Wir haben nun sofort, nachdem die Wiedereröffnung des Sejm die Möglichkeit hierfür bot, nun auch bei einem ...er von uns sehr hoch geschätzten sozialistischen deutschen Abgeordneten Aufschluß zu erhalten gesucht. Auch diese hat uns zunächst einmal von den schlimmsten Befürchtungen befreit. Die deutschen Sozialisten wollen also keineswegs eine Vereinigung mit den polnischen Sozialisten. Man will nur in rein sozialen Fragen eine Arbeitsgemeinschaft und eine gegenseitige Verständigung herbeiführen. Dafür will man dann von den polnischen Sozialisten die Unterstützung in Fragen, die die Minderheiten angehen, erhalten, wie dies ja auch in dem internationalen sozialistischen Programm vorgesehen ist. Gegen ein solches Vorhaben hätten wir von unserem Standpunkt aus nichts einzuwenden. Unser Standpunkt ist allein der, daß die Einheit der deutschen Fraktion nicht Not leiden darf. Nichts darf also von seiten der deutschen Sozialisten geschehen, was diese Einheit schädigen könnte. Die größte Zurückhaltung der deutschen Sozialisten ist also vor allen Dingen bei den Wahlen am Platze. Nichts darf den deutschen Wahlblock beeinträchtigen. Nichts auch den neuen Wahlblock der Minderheiten, von dem wir hoffen, daß er ebenso wie im Jahre 1922 zustande kommt.

Ein Absplittern deutscher Arbeiterstimmen nach der polnischen Sozialistischen Partei hin wäre ein vernichtender Schlag für die Deutschen Polens, und die Sozialisten im Sejm wären, wenn es darauf ankommt, doch nur ein sehr wenig zuverlässiger, ja wir können ruhig sagen: überhaupt kein Schutz für die einfachsten und bescheidensten Interessen der Deutschen Polens.

Schließlich werden auch die polnischen Sozialisten ihre Gründe haben, sich nicht allzusehr mit den deutschen Sozialisten, vor allem bei den Wahlen nicht, einzulassen. Es wäre allzuleicht für die Gegner der polnischen Sozialisten, ihnen den Vorwurf zu machen, daß sie sich an die Deutschen verkauft hätten wenn sie eine Wahlgemeinschaft mit den Deutschen eingehen. Vor allen Dingen wären es die nationalen Arbeiter in Polen, die sich einen solchen Vorteil für den Stimmenfang nicht entgehen lassen würden. Also scheint uns bei näherem Nachdenken die Gefahr, daß die deutschen Sozialisten eine gemeinschaftliche Wahlaktion mit den polnischen abschlössen, vorläufig nicht groß. Und deutscherseits stehen wir absolut auf dem im Artikel gegen uns ausgesprochenen Standpunkt des sozialistischen „Volkswille,“ daß ein Zusammengehen einer deutschen Partei mit irgendeiner polnischen — und sei es auch der sozialistischen — unmöglich sei.

Die Auslieferung der Weißrussen.

Man wird den telegraphischen Bericht über diese denkwürdige Angelegenheit bereits vor Augen haben, wenn diese Zeilen dem Leser vorliegen. Wir beschränken uns also auf einige Bemerkungen. Daß die Anträge der Ukrainer und Weißrussen, die dem Sejmmarschall das Mißtrauen aussprechen, weil er die ihm amtsmäßig zustehende Befugnis, die Freilassung der fünf verhafteten Abgeordneten zu verlangen, nicht in Anwendung gebracht hatte, durchfallen würden, war natürlich vorauszusehen. Der stellvertretende Ministerpräsident Bartel suchte in seiner Rede, mit der er das Auslieferungsgesuch der Regierung begründete, die Gefahr der weißrussischen Bewegung als möglichst klein hinzustellen, und zu beweisen, daß ein Anlaß zur Panik nicht vorliege. Wir dürfen vielleicht bei dieser Gelegenheit Herrn Bartel darauf aufmerksam machen, daß eben wegen der Rolle, die Rußland ganz offenbar bei dieser Separationsbewegung spielt, die Sache von der auswärtigen Diplomatie doch recht ernst genommen wird. Und sie verdient es auch. Der einzige noch im Sejm verbliebene Weißrusse Sobolewski, der radikalen Richtung, erklärte, daß die „Hromada“, also die Kampforganisation der Weißrussen, nun 98 000 Mitglieder zähle. Vor vierzehn Tagen waren es nur 88 000 und zu

Anfang Januar sogar nur 70000! Es ist selbstverständlich daß die kurze Beratung des Regierungsvorschlags zur Auslieferung nicht ohne Zwischenfall vor sich ging. Der unabhängige Bauernabgeordnete Wojwodzki rief dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Bartel zu: „Sie, ein solch ehrlicher Mann, lassen sich von diesem „Katarinarz" Material unterschieben!" Katarina bedeutet im Polnischen eine Drehorgel. Aber Katarinarz nannte Wojwodzki den Justizminister Meysztowicz, der noch zu russischer Zeit Gelder gesammelt hatte, um einen Kranz am Denkmal der Zarin Katharina II. niederzulegen, derselben Zarin, die die Teilung Polens vorgenommen hat. Der Sejm lachte, als aber Wojwodzki noch weiter dazwischen rief, wurde er aus dem Saale entfernt, und er darf während eines Monats nicht an den Sitzungen teilnehmen, was ihn auch seine Diäten für die Dauer eines Monats kostet.

Flottenbestrebungen.

Der nationaldemokratische Abgeordnete Bator, der vor einem Jahre noch Pressechef des Außenministeriums war, und zwar ein sehr geschickter, hielt eine nicht uninteressante Rede über die Folgen des englischen Kohlenarbeiterstreiks auf die polnische Flottenbewegung. Man kann nach den Ausführungen Bators wohl sagen, daß die polnische Handelsflotte ihren Anfang genommen hat infolge des englischen Streiks. Daß die Ausfuhr von Kohle eine ganz unerhofft große war, wissen wir. Bator berechnet sie auf 14 Millionen Tons im Jahre 1926, von denen 9 Millionen über See ausgeführt wurden. Danzig nahm hiervon nur 3 Millionen auf und Gdingen und Dirschau sogar nur zusammen eine Million. Ein Grund für diese geringe Ausfuhr über die natürlichen Häfen Polens ist nach Bator in den Mängeln des ungenügenden Eisenbahnverkehrs zu suchen, (selbstverständlich auch in der geringeren Aufnahmefähigkeit der genannten Häfen, weshalb ein großer Teil der polnischen Kohlenausfuhr über deutsche Häfen ging), Bator gab auch zu, daß der Gewinn an der außergewöhnlichen Ausfuhr Polens im abgelaufenen Jahre wenig größer war, wie der der Ausfuhr des vorangegangenen Jahres, die viel geringer war als die des Jahres 1926. Es lag das nach Bator daran, daß der Handelskrieg mit Deutschland sich sehr ungünstig auf die Gewinnchancen legte, was mit einfacheren Worten wohl bedeuten soll, daß Polen seine Ausfuhr unter jeder Bedingung vergrößerte, selbst wenn diese Ausfuhr nicht gewinnbringend und sogar verlustreich war. Überhaupt habe Polen die günstige Kohlenkonjunktur nicht genügend ausgenutzt. England habe für anderthalb Milliarden Goldfrancs Kohle nötig gehabt, wofür zwei Lieferanten in Frage kamen, nämlich Deutschland und Polen; aber Polen habe nur ein Fünftel geliefert. Die Gegener Polens behaupteten, daß die Entwicklung der Hafenbewegung in Danzig nur vorübergehend sei. Aber diese Hoffnung sei enttäuscht worden, und wenn sich der polnische Handel entwickle, so habe man auch nicht nötig, sich vor deutschen Drohungen zu fürchten.

Schade, Herr Bator! Sonst so vernünftig im allgemeinen, kann auch er seine nationaldemokratische Natur nicht verleugnen und muß von deutschen Drohungen sprechen, wo sich gerade jetzt sowohl in Deutschland wie auch in Polen die Stimmen mehren, die den Abschluß seines Handelsvertrags als eine im Interesse beider Länder liegende dringend notwenige Tat fordern!

Das Budget.

Die Erörterungen über das Budget haben begonnen, Referent war Herr Byrka von der Piastgruppe, derselbe der sich gegenüber den Regierungen der Rechten und der des Herrn Grabski stets die saftigsten Kritiken leistete. Diesmal war er bei weitem sänftiglicher. Nur in einem haben wir ihn, den trefflichen Kritiker seiner politischen Gegener, nicht verstanden. Er behauptet, daß die „effektiven" Ausgaben für das Herr nur 327 Millionen Goldfrancs betrügen. Nun nach dem vorliegenden Budgetbericht betragen die Ausgaben 622 Millionen Zloty, wozu noch ungefähr 40 Millionen für den Grenzschutz kommen, den wir doch auch als reguläres Militär ansehen müssen, wenn auch die Ausgaben für den Grenzschutz im Budget des Innenministers fungieren. Dann kommt also Byrka auf seine erstaunliche Ergebnisse, die wir nicht so ohne weiteres hinnehmen können. Polen gibt für jeden Soldaten 1106 Francs aus, und, wie gesagt, für das ganze Militär nur 327 Millionen. Und das nach seiner Ansicht sicher „kriegslüsterne" Deutschland: 857 Millionen Goldfrancs für das Heer und 7580 Goldfrancs für jeden Soldaten. Soll das nun eine Anklage sein, die bestimmt ist, nun, wo die Frage der Ostfestungen Deutschlands an der Tagesordnung ist, den angeblichen Kriegswillen und die Kriegsrüstungen Deutschlands zu beweisen? Nun in Polen besteht die persönliche Dienstpflicht, die es möglich macht, dem polnischen Soldaten einen Sold von ganzen acht Groschen täglich zu geben. In Deutschland besteht die Dienstpflicht nicht. Die Soldaten sind einfache Angestellte des Staates und müssen wie Angestellte bezahlt werden. Viele von ihnen sind sogar verheiratet und müssen eine Löhnung erhalten, von der sie sich selbst und ihre Familie erhalten können. Wie hoch sich diese Löhnung beläuft, wissen wir im Augenblick nicht, aber sie ist sicher zehn- bis zwanzigfach so hoch wie die 8 Groschen des polnischen Soldaten. Wenn Herr Byrka dennoch mit diesen Zahlen operiert, so halten wir dies nicht für die aufrichtigste Methode der Propaganda.

*

Ungünstige Wahlen.

Nach einer Meldung des „Kurjer Poznański" sollen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Pruszkow, die bekanntlich einen Sieg der Kommunisten brachten, wegen einer Reihe von Unrechtmäßigkeiten für ungültig erklärt werden.

Ausgewiesen.

Der aus Polen ausgewiesene russische Schriftsteller Breszko-Breszkowski hat am Montag Warschau verlassen, um sich nach Südslawien zu begeben.

Die Greuelgeschichten über das Gleiwitzer Gefängnis.

Warschau, 25. Januar. Die Warschauer „Epoka" veröffentlicht ein Telegramm aus Berlin, wonach der Präsident der Gemischten Kommission Calonder auf Ersuchen der deutschen Behörden in Begleitung des deutschen Staatsvertreters Freiherrn von Grünau die oberschlesischen Gefängnisse besucht habe. Dieser Besuch des Präsidenten Calonder steht im Zusammenhang mit den Klagen über Mißhandlung polnischer Gefangener im Gleiwitzer Gefängnis.

Diesen Besuch nimmt die „Epoka" zum Anlaß, um über Folterungen im Gleiwitzer Gefängnis zu sprechen. Diese Folterungen wurden angeblich an den aus dem Gefängnis ausgebrochenen polnischen Gefangenen begangen, die vor den Behörden in Kattowitz ihre Aussagen über die Folterungen gemacht haben. Die Gefangenen seien während einiger Monate in Untersuchungshaft gehalten worden und dort geschlagen und gequält worden. Während der ganzen Zeit seien sie an Händen und Füßen, selbst während der Nachtzeit gekettet gewesen. In dem unzureichenden Essen hätten sich Käfer und Mäuseknödel befunden. Auch seien die Gefangenen mit Brettern und Gummiknüppeln geschlagen und dann mit Wasser übergossen worden. Es sei ihnen nicht erlaubt gewesen, Mitglieder ihrer Familie zu sehen, Bücher oder Zeitungen zu lesen. Jeder Versuch, eine Beschwerde anzubringen, sei mit Blutigschlagen beantwortet worden. Adolf Thomas, der im Gefängnis als Sanitäter wirkte, erklärte, im Gefängnis habe sich gleichzeitig eine gewisse Antonina Leszciczówna befunden, die in guter Hoffnung war. Obgleich der Arzt schon mehrere Male eine bessere Verpflegung verordnete, wurde immer wieder befohlen, ihr die gewöhnliche Behandlung angedeihen zu lassen. Der Richter Heinze widersetzte sich dem, daß die Leszciczówna in das Spital gebracht wurde, und erst als die Geburtswehen begannen, befahl der Arzt auf eigene Faust ihre Unterbringung in das Spital, wovon sie jedoch nach eintägigem Aufenthalt in das Gefängnis zurückgebracht wurde. Man sei ungesetzlich mit der Leszciczówna umgegangen, und acht Tage nach der Geburt sei ihr das Kind genommen und in das Findelhaus gebracht worden. Diese Beschreibung gebe nur ein ganz schwaches Bild der Folterungen, die die Gefangenen im Gleiwitzer Gefängnis durchzumachen gehabt hätten. Die Protokolle seien ganz genau aufgenommen worden, und zwar durch die polnische und deutsche Liga zum Schutz der Menschenrechte.

*

Zunächst muß einmal abgewartet werden, ob sich diese Aussagen der aus dem Gefängnis Geflüchteten aufrechterhalten lassen. In dieser Hinsicht hat man schon so manches erleben können. Von deutscher Seite sind die Vorwürfe auf das entschiedenste als unwahr zurückgewiesen worden. Daß die Gefangenen mehrere Monate im Untersuchungsgefängnis zubringen mußten, ist natürlich ebenso bedauerlich wie die lange Untersuchungshaft, der die Untersuchungsgefangenen in Polen, vor allem in den östlichen Provinzen Polens, unterworfen waren, und wo diese Untersuchungshaft, wie zu wiederholten Malen von erschiedenen Parlamentsmitgliedern im Sejm ausgesprochen worden ist, mehr als zwei Jahre dauerte. Erinnert sei auch an den Fall Scherff. Scherff hat bekanntlich 22 Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen. Ueber das Kapitel der Folterungen in den östlichen Provinzen Polens sind von ukrainischer, weißrussischer und sozialistischer Seite im Sejm bei Interpellationen die grauenhaftesten Dinge mitgeteilt worden. Hier war es schwer, die mitgeteilten Tatsachen zu entkräften, und wie wir bereits geschrieben haben, hat ein mutiger polnischer Minister sogar die Tatsache einer ganzen Anzahl von Folterungen zugegeben und hier Abhilfe versprochen. Folterungen gehören ins Mittelalter und in keinem Staate dürfen sie erlaubt sein. Daß sie aber im Gefängnis von Gleiwitz vorgekommen sein sollen, muß zunächst noch einmal mit großem Zweifel aufgenommen werden.

Eine Beichte Strońskis.

Das ewige Nein.

Neben den Nationaldemokraten haben im Lager der Rechten auch die Christlichnationalen eine innere Spaltung zu beklagen, die nicht nur in der internen Organisation, sondern auch in den Presseorganen der Partei zutage tritt. Wie im Rahmen der konservativen Werdegänge die Politik der Christlichnationalen aussieht, erfahren wir aus einem Artikel des „Czas", in dem es u. a. heißt:

„In der Partei der Christlichnationalen bestehen zwei Strömungen, die eine vertritt die Ideologie der Nationaldemokratie (Dubanowicz oder Stroński), während die andere zum Lager Sapiehas und Radziwills hinneigt. Das Uebergewicht hat bis jetzt noch die erste Richtung. Die letzten Beschlüsse haben keine Klärung gebracht. Wir gehören zu den Leuten, die selbst mit der Lupe keine „günstigen Veränderungen" wahrnehmen können, die vom O. W. P. (Dmowski-Lager) angeblich herbeigeführt worden sein sollen. Die Parteibeschlüsse, um die es sich hier handelt, sind auch nicht das letzte Wort des politischen Prozesses, der in der Partei der Christlichnationalen vor sich geht."

Blitzschnell ist nun Herr Stroński auf dem Kampfplatz der Polemik erschienen, um eine Art Beichte abzulegen, und die Episode des Kampfes gegen die Nationaldemokraten aufzuzählen, offenbar in der Absicht, zum andern Flügel nicht alle Brücken abzubrechen! Er schreibt:

„Wir haben im Jahre 1923 die Kandidatur des Herrn Kucharski zum Finanzminister bekämpft, wegen seiner Anleiheillusionen und seines Zlotyeifers auf Kosten der Vernachlässigung und Ruinierung des Wirtschaftslebens. Seit 1923 bis 1925 kämpften wir mit den Nationaldemokraten um die Agrarreform, seit 1926 bekämpfen wir die Verständigung der Nationaldemokratie mit der Linken in Sachen der Selbstverwaltungsgesetze, und seit 1925 weichen wir in Verfassungsfragen sehr ab. Im Bereich der Regierungsgewalt standen wir im Messerkampfe mit ihr um die Verständigung mit Herrn Witos im Jahre 1923, der Regierung des Herrn Grabski gegenüber nahmen wir eine zurückhaltende Stellung ein, und an der Koalitionsregierung Skrzyńskis haben wir uns nicht beteiligt. Nach dem Maiumsturz haben wir uns zur Regierung des Marschalls Piłsudski positiv eingestellt und ihm Vollmachten gegeben. **Das genügt doch wohl.**"

Herr Stroński will, wie man hört, Dmowski zum Krakauer Glauben bekehren. Wenn er wirklich dieses Ziel verfolgt, was freilich ziemlich unwahrscheinlich erscheinen muß, dann hat er vergessen, daß es sich hier um eine Aufgabe handelt, die ganz gewiß seine Kräfte übersteigt.

Republik Polen.

Ueberreichung der Kardinalsinsignien an Monsignore Lauri.

Die Feierlichkeiten der Ueberreichung der Kardinalinsignien an den päpstlichen Nuntius in Warschau, Monsignore Lauri, durch den Herrn Staatspräsidenten begannen gestern um 9½ Uhr vormittags im Sinne der besonders vorgeschriebenen Zeremonien. Zunächst begab sich der päpstliche Delegierte Carlo Chiarli zum Schloß, um dort die Insignien in der Schloßkapelle niederzulegen. Eine Stunde später fuhr der Wagen des Herrn Staatspräsidenten von der Nuntiatur mit dem Kardinal Lauri, gefolgt von einer Kavallerieschwadron, nach dem Schlosse ab. Auf dem Schloßhof erwies ein Infanteriebataillon die militärischen Ehren. Im Schlosse angekommen, verweilte Lauri einige Zeit im Konferenzsaal. Nachdem der Staatspräsident vom Eintreffen des Nuntius benachrichtigt war, begab er sich in Begleitung des Außenministers und des Chefs der Zivilkanzlei nach dem Rittersaal, wohin der Ablegat vom Chef des diplomatischen Protokolls geleitet wurde. Chiarli hielt zuvor eine lateinische Ansprache und überreichte dem Staatspräsidenten seine Beglaubigungsdokumente. Nachdem der Staatspräsident in polnischer Sprache geantwortet hatte, verabschiedete er sich vom Ablegaten, der zum Kardinal Lauri zurückkehrte. Inzwischen versammelten sich in der Schloßkapelle die Persönlichkeiten, die an der eigentlichen Feier teilnahmen, darunter Kardinal Kakowski, Primas Dr. Hlond, der Metropolit Ropp, der Marschall Piłsudski, der Sejmmarschall und der Vizepremier Bartel. Nach beendigter Messe, die vom Bischof Gall zelebriert wurde, fand die Barettaufsetzung statt. Die Feier wurde mit der Ueberreichung der Insignien des Weißen Adlerordens beendet. Im Sitzungssaale fand dann eine feierliche Audienz des neuen Kardinals statt und später im Gelben Saale in kleinem Kreise ein Frühstück.

Verhaftet.

Dem „Ilustrowany Kurjer Codzienny" wird aus Warschau gemeldet: Die Polizeibehörden haben den Kommunisten Edward Uzdański verhaftet. Uzdański war Beamter der Sowjetgesandtschaft, wo er sich vor seiner Verhaftung verbarg. Damit ist die Loyalität der Sowjetgesandtschaft in Warschau dementiert worden.

Der neue polnische Gesandte in Rom über die Pariser Verhandlungen.

Rom, 25. Januar. (T.-U.) Der neue polnische Gesandte für Rom, Knoll, findet in der italienischen Presse eine sehr warme Aufnahme. In einem nach seinem Eintreffen dem Vertreter des „Messaggero" gewährten Interview äußerte er sich auch über die deutsch-polnischen Beziehungen. Polen wünsche den Frieden, würde aber niemals zugeben, daß man seine Grenzen verletze und werde auch jede Diskussion zu diesem Thema ablehnen. Nur der Status quo sei eine Basis für den Frieden von ganz Europa, und niemals könne man die Sicherung der Ostgrenze von der der Westgrenze trennen. Dafür sei das Beispiel der serbischen Lage 1914 der beste Beweis. Polen vertraue auf das Gerechtigkeitsgefühl Europas und auf seine eigene Stärke. — Eigentümlicherweise setzt mit dem Eintreffen Knolls in Rom eine Serie von Artikeln in den römischen Blättern ein, die in der deutsch-polnischen Frage eine objektive Beurteilung stark vermissen lassen. Bisher ging aus den offiziellen Pressekommentaren stets hervor, daß man sich in italienischen Regierungskreisen über die Materie und Schlußfolgerungen der Pariser Verhandlungen vollkommen klar war.

Frankreich, Rumänien, Rußland.

Die Bedrohung des Friedens in Osteuropa.

Der französisch-rumänische Vertragsabschluß hat, wie zu erwarten war, den Einspruch Rußlands herausgefordert. Zwar hat das französische Ministerium des Aeußern gestern abgeleugnet, daß der russische Botschafter Rakowski vor seiner Abreise nach Moskau dem Minister des Aeußern Briand die russische Einspruchsnote vom 2. Oktober vergangenen Jahres ins Gedächtnis gerufen habe. Man mag dieser amtlichen Richtigstellung Glauben schenken oder nicht, die Erinnerung an diesen Einspruch ist tatsächlich in einer viel geräuschvolleren Form wachgerufen worden. Die Moskauer Regierung hat als Antwort auf die am vergangenen Donnerstag erfolgte Veröffentlichung des rumänisch-französischen Vertrages die erwähnte Einspruchsnote in ihrem Wortlaut bekanntgegeben. Diese ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen. Sie sprach davon, daß der Abschluß eines derartigen Vertrags von der russischen Regierung als unfreundlicher Akt Frankreichs betrachtet werden müsse, da die Völker, die der Vereinigung der Rätestaaten angehörten ebenso wie die Massen der beßarabischen Bevölkerung die Besetzung Beßarabiens durch Rumänien nicht als rechtmäßig anerkennen könnten. Wenn Frankreich Rumänien für den Kriegsfall und unter Betonung der gemeinsamen Interessen, ohne in bezug auf Beßarabien Vorbehalte zu machen, seine Hilfe verspreche, so ermutige es dadurch die Angriffs- und Eroberungsabsichten der rumänischen Regierung. Gleichzeitig schwäche es die Aussichten auf eine friedliche Regelung der beßarabischen Frage gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und verschärfe die Bedrohung des Friedens in Osteuropa. Der Vertrag ist jetzt abgeschlossen und veröffentlicht, und damit, daß die Moskauer Regierung den Wortlaut ihrer damaligen Warnung an die internationale Presse, insbesondere auch an die halbamtliche französische Havas-Agentur, weitergibt, hält sie ihre Auffassung von dem „unfreundlichen Akt Frankreichs" auch nach vollzogener Tatsache aufrecht.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Franzosen an diesem französisch-rumänischen Vertrag mit seinen jetzt zutage tretenden außenpolitischen Folgen eine ungetrübte Freude haben. Es gibt hierzulande immer noch Leute, die hoffen, daß bei den französisch-russischen Verhandlungen etwas für die französischen Zeichner der vom zarischen Rußland hier aufgelegten Anleihen herausspringen könnte. Aber Frankreichs außenpolitisches Ansehen ist nun einmal mit dem Bleigewicht seiner Bündnispolitik nicht nur im Osten Deutschlands (mit Polen und der Tschechoslowakei), sondern auch in Ergänzung dazu auf dem Balkan (mit Südslawien und Rumänien) belastet. Wenn für das Bündnis mit Polen hier noch ein gewisses Verständnis erweckt werden kann, so ist es doch sehr schwer, den Durchschnittsfranzosen für Bündnisse mit Balkanstaaten zu erwärmen. Aber die Verknotung der politischen Lage besonders am Mittelmeer wieder aufzuschnüren, ist allmählich immer schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden. Das Auftreten Italiens in Albanien gegen Südslawien, die Meldungen von einer Stellungnahme Bulgariens und Griechenlands unter italienisch-englischem Schutz gleichfalls gegen das mit Frankreich verbündete Südslawien sind Anzeichen dafür, wie ein Konflikt auf dem Balkan nur zu leicht die zündenden Funken an die französische Grenze hinüberspringen lassen könnte. Jetzt tauchen dazu Schwierigkeiten mit Rußland auf und drohen die französisch-russischen Verhandlungen über Wirtschafts- und Finanzdinge ungünstig zu beeinflussen. Dabei ist klar, daß die beßarabische Frage nicht nur ein bolschewistisches Rußland aufs tiefste berührt, sondern in gleicher Weise ein Rußland mit jeder beliebigen Regierung. Die Grenzen Polens und die Grenzen Rumäniens machen Frankreich, so lange die Bündnisse bestehen, zu natürlichen Gegnern des russischen Reiches und des russischen Volkes, zum Gegner des Staates, für den im Sinne der französischen Bündnispolitik Polen zur Umklammerung Deutschlands nur ein Notbehelf sein sollte. Die französische Presse ist deshalb ziemlich erregt. Gemäß einer Weisung von oben sucht sie die Berechtigung der russischen Ansprüche auf Beßarabien mit allerlei geschichtlichen Auseinandersetzungen zu entkräften. Das französische Großmachtbewußtsein nötigt zu einem entschiedenen und schroffen Ton der Zurückweisung auf derartige Angriffe. Vor allen Dingen jedoch wird eine moralische Stütze in einem Vertrag gesucht, der am 28. Oktober 1920 unterzeichnet worden war und die Angliederung Beßarabiens an Rumänien bestimmt hatte. Dieser war von England, Frankreich, Italien und Japan unterzeichnet worden. Es werden ganze Abschnitte daraus angeführt. Das „Journal des Débats" stellt fest, daß man derartige Noten wie die gestern von russischer Seite veröffentlichte, von der man bisher kein Sterbenswörtchen gehört habe, sonst nur am Vorabend einer Kriegserklärung auszuhändigen pflege. Sie sei in einer für die französische und die rumänische Regierung beleidigenden Sprache gehalten.

Wie man sieht, reicht die französische Balkanpolitik weit über die Grenzen des Balkans hinaus. Dabei ist es eigentlich ein

Zusammentritt der deutsch-polnischen Schlichtungskommission.

Die zur Erledigung der schwebenden Staatsangehörigkeitsfragen eingesetzte deutsch-polnische Schlichtungskommission beginnt am 1. Februar d. J. in Warschau zu tagen.

Um Benesch' Rücktritt.

Prag, 24. Januar. (Eig. Meld.) Nach einem Bericht der Pilsener „Nova doba" hat Außenminister Dr. Benesch nach seiner Rückkehr vom Krankenurlaub aus Südfrankreich sich bereits wieder an den Sitzungen des Ministerrats beteiligt und die Geschäfte übernommen. Alles spreche davon, daß die Position des Ministers Benesch verhältnismäßig sehr gefestigt sei und seine Demission nicht so bald zu erwarten sein werde, wie man dies in Koalitionskreisen behauptet. An informierter Stelle wird erklärt, es sei nicht bekannt, wann Benesch sich zur Demission entschließen werde. Die besondere Art seiner Stellung schließe es jedoch nicht aus, daß er als Fachmann auch weiter im Amt verbleibt. Aus diesen Gründen sei Benesch nach seiner Rückkehr mit seiner Partei nicht in Fühlung getreten. Von anderer Seite wird behauptet, daß Benesch sich nicht früher als nach Abschluß der Weihnachtssession für die Demission entscheiden wird. Dann wird er wahrscheinlich sein Amt an der Universität antreten und sich als Führer der nationalsozialistischen Partei dem aktiven politischen Leben widmen.

Tschechischer Nationalismus.

Neue hemmungslose Deutschehetzen.

Prag, 24. Januar. (Eig. Meld.) Der tschechische „Národ", der sich erst kürzlich in einer unmotivierten Hetze gegen alles Deutsche gefiel, bringt heute „Enthüllungen" von einem gewissen Dr. Gloß aus Troppau, die in der Feststellung gipfeln, daß die deutsche Irredenta immer mehr anwachse und von Deutschland und Oesterreich mit allen Mitteln gefördert werde. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit Worten, die es verdienen, ungekürzt wiedergegeben zu werden: „Unsere Humanität dient den Deutschen nur zum Gelächter. Sie erachten sie als Schwäche und Unentschiedenheit. Nationale Festigkeit von unserer Seite schließt zwar loyales Verhalten gegenüber den Deutschen nicht aus, aber nur dort, wo sie es wirklich verdienen." — Auch der tschechisch-agrarische „Večer", der dem Ministerpräsidenten Svehla nahesteht, bläst heute in dasselbe Horn. Das Blatt veröffentlicht den Bericht des „Kurjer Warszawski" über angebliche deutsche Aufmarschpläne gegen Polen unter der aufreizenden Ueberschrift: „Deutschlands Kriegsvorbereitungen gegen Polen". Das Blatt nimmt zwar redaktionell zu dem Inhalt des Berichts keine Stellung, die gesamte Aufmachung des Berichts und die Ueberschrift beweisen aber, daß das Warschauer Blatt in dem „Večer" ein mitfühlendes Herz gefunden hat.

Auf diese Feststellungen der tschechischen Blätter wird man allerdings in Deutschland wohl nur mit einem Gelächter reagieren können, denn die Sinnlosigkeit und der durchsichtige Zweck derartiger Ausführungen liegen ja auf der Hand. Es muß nur sehr befremdlich wirken, daß die tschechischen Nationalisten auch jetzt mit ihrer Deutschenhetze noch nicht nachgelassen haben, wo doch deutsche Minister im Prager Kabinett verantwortlich an der Regierung teilnehmen. Für die tschechische Mentalität ist es noch immer bezeichnend, daß die Tschechen vermeinen, in einem tschechischen Nationalstaat zu leben, während allein die Bevölkerungsstatistik der Tschechoslowakei beweist, daß sie ein Nationalitätenstaat ist, in dem das „Herrenvolk", die Tschechen, nur etwa 50 Prozent der gesamten Bevölkerung repräsentieren. Der überhebliche Ton dieser tschechischen Erklärungen beweist zur Genüge, daß die Tschechen aus ihrer achtjährigen eigenstaatlichen Existenz noch nichts an Erfahrungen gewonnen haben und, gestützt auf die Hilfe „des großen Bruders im Westen", der Franzosen, annehmen, mit Deutschland und den Deutschen nach ihrem Belieben verfahren zu können. Hoffentlich wird sie die Zukunft lehren, daß es empfehlenswerter ist, gute Beziehungen zu Deutschland aufrecht zu erhalten.

Zum deutsch-tschechoslowakischen Flugabkommen.

Berlin, das Luftkreuz Europas.

Berlin, 25. Januar. (T.-U.) Die Deutsche Lufthansa wird den Verkehr auf der Strecke Berlin—Prag—Wien bereits am 7. März eröffnen. Die Flugzeuge werden während des Winters um 9,50 Uhr von Berlin starten und nach Aufenthalt in Dresden und Prag bereits um 15,20 Uhr in Wien eintreffen. Mit Aufnahme des Sommerflugplanes, vom 18. April ab, wird ein durchgehender Dienst von Malmö (wo Anschluß an den Nachtschnellzug von Stockholm besteht) über Kopenhagen—Berlin—Wien eingerichtet werden. Die Flugzeuge, die morgens um 8,30 Uhr Malmö verlassen, werden schon um 18,40 Uhr in Wien landen. Der Dienst wird in Betriebsgemeinschaft mit der Tschechoslowakei und der Oesterreichischen Luftverkehrsgesellschaft betrieben werden.

Schon am 14. März soll die Eröffnung der Linie Leipzig—Chemnitz—Prag erfolgen. Diese Strecke wird im Sommerflugplan in Bremen beginnen, um über Hannover—Leipzig—Chemnitz—Prag bis Wien zu führen. Des weiteren werden im Laufe des Frühjahrs die Strecken Berlin—Prag—München und Gleiwitz—Brünn—Wien in Betrieb genommen werden. Bei der Linie Malmö—Kopenhagen—Wien darf mit einer besonders starken Frequenz gerechnet werden. Es ist beabsichtigt, sie in ihrem ganzen Verlauf mit Großflugzeugen zu befliegen. In Wien trifft dieser Linienstrang auf Luftverbindungen nach drei Himmelsrichtungen, östlich nach Budapest und Konstantinopel, südlich nach Venedig und westlich nach Zürich und Genf.

Durch den Abschluß der Verträge über diese Linien ist ein neuer Mosaikstein in das Gesamtbild des Luftverkehrsnetzes der Deutschen Lufthansa gefügt worden. Der Ausspruch des englischen Generals Brancker, Leiter der großbritannischen Luftfahrt, daß Berlin das Luftkreuz Europas sei, ist Wahrheit geworden: Von London und Paris über Berlin nach Moskau und von Malmö—Kopenhagen über Berlin nach Wien.

Dr. Luther über Südamerika.

TU. **Berlin** 22. Januar. Auf einer Veranstaltung der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg, im Scharwenka-Saal sprach Reichskanzler a. D. Dr. Luther über Südamerika. Zu der Veranstaltung waren Vertreter des Reiches und Preußens sowie anderer Behörden erschienen. So sah man Reichskanzler Dr. Marx, Reichsinnenminister Dr. Külz, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, führende Persönlichkeiten aus Heer und Marine, Vertreter der Wirtschaft, der Finanz und Industrie, sowie Vertreter der auswärtigen Missionen.

Nach Begrüßungsworten des stellvertretenden Vorsitzenden Exzellenz von Glasenapp, ergriff Dr. Luther, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. In launiger Weise zeichnete er ein plastisches Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung Südamerikas insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten der Auswanderung. Allein Brasilien ist größer als die Vereinigten Staaten, aber ganz Südamerika hat weniger Einwohner als Deutschland. So kann man sagen daß Einwanderer durchaus willkommen sind, daß aber im übrigen der Einzelfall eine Frage besonderer Prüfung ist. Dr. Luther berichtete ferner von seinem Fluge über die deutsche Kolonie Blumenau, die trotz seiner 80 000 Einwohner anmutet wie ein großes süddeutsches Bergdorf. Die Täler sind bebaut. Dazwischen liegt der Wald, nur daß dieser dort noch unbezwungener Urwald ist. Die Bezwingung des Urwaldes erfordert denn auch einen besonders kräftigen Menschenschlag. Familien mit 10—12 Kindern sind dort durchaus normal.

Sehr bemerkenswert ist auf dem Gebiete des Verkehrs die deutsche Flugstrecke durch Kolumbien, die eine Strecke von bisher acht bis zehn Tagen in wenigen Stunden zur Luft beherrscht.

Hervorragend und voller Hingebung ist die Arbeit der dortigen Deutschen auf kulturellem Gebiet, so besonders auf dem Gebiete der Schule. Nur eine einzige höhere Schule gibt es, die Belgrano-Schule in Buenos Aires, die unserer Oberrealschule ähnelt und deren Absolvierung zum Besuch deutscher Hochschulen berechtigt. Weiter bestehen Schulen in größerer Anzahl in Chile, Argentinien und Brasilien von deutschem Realschulcharakter. Die große Masse der Schulen ist jedoch eine Art gehobene Volksschule. Schwer sind die Verhältnisse in den sogenannten Urwaldschulen, wo man aber darauf sieht, daß wenigstens vier Jahre lang regelmäßiger Unterricht erteilt werden kann. Die ungeheuren Wetterstürze machen aber mitunter einen Schulbesuch ganz unmöglich. Auch die weiten Entfernungen sind sehr hinderlich. So bestehen Schulen, deren ganze Schülerschaft, von den Sechsjährigen an gerechnet, beritten ist. Auch in den Landesschulen, deren Unterrichtssprache spanisch oder portugiesisch ist, sind sehr viel deutsche Lehrer. Besonders die katholischen Orden betätigen sich dort vorbildlich. Ebenso ist die Tätigkeit der evangelischen Kirchen in Südamerika mit Hilfsvereinen für notleidende Deutsche, Krankenhäusern usw. bemerkenswert.

Entscheidend aber für den Erhalt der deutschen Kultur ist die deutsche Nachricht. In Südamerika herrscht großer Tatsachenhunger, der durch deutsche Nachrichten befriedigt werden muß, zumal die Zeitungen durchweg veraltet sind. Wenn erst der europäisch-südamerikanische Flug- und Postverkehr zur Luft organisiert wird, dann wird auch von dieser Seite her viel für den Erhalt der deutschen Kultur in Uebersee getan werden können.

Der Haager Neun-Milliarden-Streit.

Die Auffassung der Repko.

Haag, 25. Januar. (T.-U.) In der zweiten Sitzung des Schiedsgerichts zur Auslegung des Dawesplanes legte der als Vertreter der Reparationskommission fungierende Engländer John Fisher-Williams ausführlich die Auffassung der Reparationskommission zu dem Streitfall selbst und zu der vom Vertreter des Reiches zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme dar. Die Schiedskommission sei nicht zur Festlegung eines neuen Zahlungsplanes beordert, habe auch nicht irgendwelche ergänzende Bestimmungen zu treffen. Ihre Aufgabe bestehe lediglich darin, die im Dawesplan selbst niedergelegten Regelungen für den vorliegenden Fall anzuwenden. Im Dawesplan heiße es aber, daß die Reparationszahlungen lediglich den Alliierten zugute kommen dürften. Der Dawesplan unterscheidet ganz genau zwischen internen Erfordernissen Deutschlands und Vertragszahlungen. Das deutsche Budget mußte teilweise von Verhandlungen entlastet werden, um Deutschland zu ermöglichen, seinen internen Erfordernissen nachzukommen. Deutschland sei hierdurch nicht von der Verpflichtung der Schadensvergütung an seine Untertanen befreit worden. Die Schiedskommission fixierte sodann in einer längeren Zwischenberatung zwei Fragen an die Parteien. Zunächst wird gefragt, warum und auf welcher sachlicher Unterlage Professor Kaufmann einen Unterschied zwischen den Schadensvergütungen für ausgelieferte Handelsschiffe u. a. und den Schadensvergütungen für solche Schäden mache, die durch die Konfiszierung ehemals deutscher Güter in den alliierten Ländern entstanden seien. Die zweite Frage lautet: Wenn, was der deutsche Vertreter fordert, aus den Daweseingängen ein bestimmter Betrag reserviert wird für die Liquidierung der nach deutscher Ansicht auf Reparationskonto zu zahlenden Schadensansprüche deutscher Staatsbürger, — wer bestimmt dann die Höhe des zu reservierenden Betrages, die Schiedskommission, die Reparationskommission oder welche andere Instanz?

Das alte Lied.

Der rumänisch-ungarische Enteignungskonflikt vor der Entscheidung.

Bukarest, 24. Januar. (Eig. Meld.) In Bukarest wie in ganz Rumänien verfolgt man mit wachsendem Interesse die Verhandlungen des rumänisch-ungarischen Schiedsgerichts in Paris über den zwischen Ungarn und Rumänien seit 1919 schwebenden Enteignungskonflikt. Die rumänische Agrarreform, die den neuen rumänischen Staat in die Lage versetzte, den unbequemen Minderheiten Riesenflächen von Grund und Boden zugunsten großrumänischer Siedlungspolitik fortzunehmen, hatte besonders den siebenbürgischen und Banater Grundbesitz des nach Ungarn geflohenen magyarischen Adels getroffen. Das Gesetz über die Agrarreform sprach die Landenteignung gegen alle Emigranten aus. Im Banat und im Komitat Arad sind allein 100 000 Joch Land enteignet worden, darunter allein 20 000 Joch, welche dem Erzherzog Josef gehört haben. In Siebenbürgen hat der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen 5000 und Graf Julius Andrassy annähernd 40 000 Joch verloren. Nicht zu vergessen sind auch die vielen kleinen Liegenschaften, welche nach dem Kriege in den ungarischen Staatsdienst getretene Siebenbürger und Banater auf Grund der Agrarreform an Rumänien verloren haben. Für diese um ihres Volkstums und ihrer Staatstreue willen Enteigneten hatte sich der ungarische Staat beim Völkerbund eingesetzt, um durch ein Schiedsgericht den Enteignungskonflikt mit Rumänien beilegen zu lassen. Erst hatte der Völkerbundsrat die unangenehme Angelegenheit von sich gewiesen, da sie eine innerpolitische Angelegenheit Rumäniens sei. Schließlich ist in Paris ein ungarisch-rumänisches Schiedsgericht zustande gekommen, gegen dessen Zuständigkeit weite altrumänische Kreise aber wieder Sturm liefen, weil ihnen ein paar hunderttausend Joch Land wertvoller erschienen, als eine allmähliche Entgiftung der ohnehin durch Ungarns Dreifünftel-Gebietsverluste sehr gespannten Beziehungen zu Ungarn. Unter dem Vorsitz des schwedischen Ministers Cederkranz hat sich das Pariser Schiedsgericht im Gegensatz zum rumänischen Einspruch doch für zuständig erklärt, und es werden nunmehr 24 von Rumänien enteignete Grundbesitzer auf Entschädigung für ihr an Rumänien gefallenes Eigentum in Paris klagen. Wenn man daran denkt, daß auch Tausenden von Kleingrundbesitzern das Pariser Schiedsgericht offen steht, ihre Ansprüche an Rumänien einzuklagen, so ist jetzt der ungarisch-rumänische Enteignungskonflikt in sein letztes entscheidendes Stadium getreten. Wird Rumänien zum Schadenersatz in Paris verurteilt, so dürfte es bei 300 000 Joch enteigneten ungarischem Besitztum schätzungsweise 9 Milliarden Lei bezahlen müssen. Diese Belastung des ohnehin sehr schwachen, inflationierten rumänischen Staatssäckels würde aber noch nichts sein gegen die aus einem Rumänien ungünstigen Pariser Urteil hervorgehende politische Belastung des jungen Staates.

Kokain und Opium.

Ein Roman aus der Gesellschaft
von Sax Rohmer.

26. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Den folgenden Dienstagabend kam Frau Sin, von Molly Gretna begleitet, in die Theatergarderobe. Rita hegte ein großes Interesse für die eigenartige Frau. Lola Sin war sehr bekannt in Künstlerkreisen, und wenn man von ihr sprach, geschah es mit einem bedeutungsvollen Augenzwinkern. Frau Sin nicht kennen, bedeutete, daß man außerhalb des Zauberkreises stand, der die nichtstuende, vergnügungssüchtige Welt umfaßte.

Der sogenannte Künstlergeist besteht aus großer Kraft und großer Schwachheit; die Tugenden sind größer, die Laster schlimmer als bei dem gewöhnlichen Durchschnittsmenschen. Für diese Art Leute war Frau Sin die Verkörperung heimlichen Genusses. Ihre unverschämten Blicke störten Rita, aber die Erregung, die aus den dunklen Augen sprach, wirkte verlockend auf sie.

„Ich habe die Sache für Sonnabend abend arrangiert," erklärte Frau Sin. „Cyrus Kilfane kommt mit Molly, und Sie bringen Sir Lucien mit, nicht wahr?"

„Oh," erwiderte Rita zögernd, „es tut mir leid, daß ich Ihnen so viel Mühe verursache."

„Absolut nicht, meine Teure," versicherte Lola. „Es ist nichts weiter als ein kleines Geschäft, und Sie bezahlen die Rechnung, wenn es Ihnen paßt."

„Ich bin furchtbar aufgeregt," rief Molly. „Es ist sehr liebenswürdig von Ihnen, mich einzuladen. Cy geht natürlich jede Woche, aber ich muß eine andere Frau bei mir haben, sonst habe ich keinen Mut. Oh, wie werde ich herrlich ängstlich sein, wenn ich da zwischen den verrückten Chinesen und dergleichen bin. Ich glaube, daß solch ein Chinesenzopf sehr töricht aussieht, und schon allein der Name Limehouse*) bringt meine Seele in Verzückung.

*) Chinesenviertel.

Die Willenskraft, die Rita bis jetzt davor bewahrt hatte, über die ihr gespannten Stricke zu fallen und der in ihr wohnenden Schlechtigkeit nachzugehen, ließ sie im Stich, und sie stimmte Frau Sins Einladung zu. Der Gedanke an Monte Irvin war der Verlockung erlegen. Sie nahm die Verabredung für Sonnabend an, und noch ehe die Besucher die Garderobe verlassen hatten, waren ihre Gedanken mit annehmbaren Vorwänden, um ihren Abstecher nach dem Chinesenviertel zu verheimlichen, erfüllt. Etwas von der törichten Begeisterung Mollys war auch auf Rita übergegangen.

Pynes großer Wagen erwartete sie an dem bedeutungsvollen Sonnabendabend vor der Hintertür des Theaters. Nachdem sie Kilfane und Molly abgeholt hatten, sollte es gleich weiter nach Limehouse gehen.

Als Rita das Auto bestieg, sah sie, daß Juan Mareno, Sir Luciens Diener, und nicht der Chauffeur am Steuer saß. Beim Abfahren fragte sie:

„Warum steuert Mareno heute abend, Lucy?"

Ihr Gefährte blickte sie von der Seite an.

„Ich habe ihn ins Vertrauen gezogen, den Chauffeur Fraser nicht."

„Aha! Ich verstehe. Fraser braucht nichts von diesem Ausflug nach Limehouse zu wissen."

„Natürlich nicht. Er würde es allen Leuten in der Garage erzählen. Von da aus würde diese skandalöse Geschichte weiter verbreitet werden."

Rita schwieg einige Augenblicke und fragte dann eingeschüchtert:

„Dachten Sie an . . . Monte?"

Pyne lachte trocken.

„Glauben Sie, daß er sich freuen würde, wenn er es wüßte?"

„Nein," erwiderte Rita. „Waren Sie deshalb so verstimmt, als ich Ihnen von dem heutigen Plan erzählte?"

„Die Verstimmung, von der Sie in letzter Zeit so viel reden, existiert nur in Ihrer Einbildung, Rita. Aber" — fuhr er zögernd fort — „als zukünftige Frau Irvin müssen Sie an Ihre Stellung denken, liebes Kind."

Rita errötete und sagte eine Weile nichts.

„Ich verstehe Sie nicht, Lucy," erklärte sie schließlich. „Was sind Sie doch für ein eigenartiger Mensch!"

„So! Bin ich das? Nun, lassen Sie es sich nicht weiter anfechten. Wir werden später noch einmal über meine Eigenart reden. Doch da ist Cyrus!"

Kilfane stand an dem Bühneneingang des Theaters, in dem er gastierte. Als das Auto hielt, hob er zwei Lederkoffer in die Höhe und stellte sie auf das Trittbrett.

Molly Gretna kam erregt auf die Straße und setzte sich neben Rita. Pyne schlug zwei Klappsitze herunter, und die Fahrt ging weiter.

„Oh!" rief die schönhaarige Molly und ergriff Ritas Hand. „Mein Herz begann schon heute morgen beim Erwachen vor Erregung zu schlagen. Wie ruhig Sie sind, Liebste!"

Während der Wagen durch die Straßen schnurrte, über den „Strand", wo die das Theater verlassende Menge sich drängte, und in die Fleet Street, dem Zeitungsviertel Londons, einbog, verharrte die Gesellschaft in tiefem Schweigen. Bald ging die Fahrt durch Whitechapel, dem Scheunenviertel Londons, dem Osten zu.

Rita hatte diesen östlichen Teil nie gesehen, und der Anblick des regen Straßenhandels und der Märkte, von Petroleumlampen erleuchtet, in deren räucherigem Licht Juden und Jüdinnen, Polen, Schweden, Orientalen und Mulatten sich fieberhaft regten, war sehr interessant für sie. Die nassen Straßen wimmelten von einer unbeschreiblichen Menschenmenge. Immer wieder tönte der Ruf der jüdischen Händler, und der räucherige Dunst ihrer Lampen drängte sich bis zu den Insassen des Autos.

„Ich das nicht einfach unbeschreiblich," rief Molly. „Manche dieser Männer sind tatsächlich sehr hübsch. Wenn sie sich nur waschen würden, könnte ich mich tatsächlich in sie verlieben."

„Selbst Ihre Schönheit kann einen zu hohen Preis fordern," bemerkte Pyne. „Die Männer würden ohne weiteres einen Mord für Sie begehen, aber sich nicht waschen."

(Fortsetzung folgt.)

Die von der Agrarreform schwer getroffenen rumänischen Staatsbürger, zumeist Angehörige der Minderheiten, würden auf Grund des Pariser Urteils ihre Rechte auf die Entschädigung des enteigneten Bodens ebenfalls geltend machen. Die rumänische Innenpolitik dürfte in dieser Richtung noch einer sehr schweren Belastungsprobe ausgesetzt werden.

Die Durchführung des deutsch-französischen Liquidations- und Freigabeabkommens.

Berlin, 23. Januar. (T.-U.) Auf Grund der in der Presse erfolgten Veröffentlichungen über die Ratifikation des deutsch-französischen Liquidations- und Freigabeabkommens vom 30. Oktober 1926 sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, zahlreiche Anfragen Geschädigter bei amtlichen deutschen Stellen, insbesondere über die Freigabe ihres Eigentums, eingelaufen. Diese Anfragen betreffen zum großen Teil solche Fälle, in denen eine Liquidationsanordnung bereits vor dem 30. Oktober 1926 ergangen war. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß für eine Freigabe nur die Fälle in Betracht kommen, in denen bis zum 30. Oktober 1926 eine Liquidationsanordnung noch nicht ergangen war. Da die französischen Listen, die die Namen der für die Freigabe in Betracht kommenden deutschen Eigentümer enthalten, von den französischen Behörden noch nicht aufgestellt sind, sind Anfragen zurzeit zwecklos. Sobald die Listen der deutschen Regierung vorliegen, werden die deutschen Berechtigten amtlich benachrichtigt werden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. Januar.

Pestalozziworte.

Der Preis der Mutter. „So geht die Sonne Gottes vom Morgen bis am Abend ihre Bahn. Dein Auge bemerkt keinen ihrer Schritte, und dein Ohr hört ihren Lauf nicht, aber bei ihrem Untergang weißt du, daß sie wieder aufsteht und fortwirkt, die Erde zu wärmen, bis ihre Früchte reif sind. Leser, es ist viel, was ich sage: aber ich scheue mich nicht, es zu sagen. Dieses Bild der großen Mutter ist das Bild eines jeden Weibes, das seine „Wohnstube" zum Heiligtum Gottes erhebt und für Mann und Kinder den Himmel verdient."

Herzausbildung. „Der erste Unterricht des Kindes sei nie die Sache des Kopfes, er sei nie die Sache der Vernunft, er sei ewig die Sache der Sinne, er sei ewig die Sache des Herzens, die Sache der Mutter."

„Unglaube Quelle der Vernichtung aller inneren Bande der Gesellschaft."

„Freund, noch ist Europas Verderben durch sein Maulbrauchen im Wachsen."

Johannes Chrysostomus.

Zum 27. Januar.

Johannes mit dem Beinamen Chrysostomus, das heißt Goldmund, gehörte ohne Zweifel mit zu den bedeutendsten Kirchenvätern des Orients. Er galt als der beste Redner seiner Zeit und war aus der Verfasser vieler Schriften. Die meisten seiner Werke sind Erklärungen der heiligen Schrift, doch werden ihm auch verschiedene Werke fälschlich zugeschrieben. Johannes ist im Jahre 344 oder 347 in Antiochien geboren worden und lebte längere Zeit zurückgezogen in einer Höhle, sich frommen Betrachtungen hingebend. Später wurde er Prediger an der Hauptkirche seiner Heimatstadt, an der er über ein Jahrzehnt wirkte. In dieser Zeit entstanden seine Hauptwerke, vor allem seine exegetischen Homilien. Als im Jahre 397 der Patriarch von Konstantinopel starb, erhielt Johannes diese hohe Stellung. Chrysostomus kam jedoch seines furchtlosen Auftretens wegen, und weil er gegen die Sittenverwilderung am Hofe predigte, mit der Kaiserin Eudoxia, der Gemahlin des trägen und unwissenden oströmischen Kaisers Arcadius, in Differenzen. Dazu kam noch, daß auch hohe Geistliche gegen Chrysostomus voll Neid waren. Sein eifrigster Gegner unter den hohen Geistlichen war der damalige Bischof von Alexandrien. Durch Zusammenwirken dieses Bischofs und der Kaiserin Eudoxia wurde Chrysostomus gestürzt und in die Verbannung geschickt. Von Reue geplagt, wirkte dann die Kaiserin dahin, daß Chrysostomus zurückgeholt und wieder in sein Amt eingesetzt wurde. Jedoch bald entstanden zwischen dem Patriarchen und der Kaiserin neue Zerwürfnisse. Chrysostomus soll die Kaiserin in einer großen Kirche von Konstantinopel als ein böses, hoffärtiges Weib hingestellt haben. Eudoxia schäumte daraufhin vor Wut und verlangte abermals die Absetzung des furchtlosen Patriarchen. Die Absetzung wurde auch von neuem ausgesprochen, stieß jedoch beim Volke auf Widerstand. In Konstantinopel bildete sich eine besondere Partei der Johanniten, die nach der Verbannung des Patriarchen Schweres zu erdulden hatte. Chrysostomus starb später, am 14. September 407, auf einer Reise, die er angetreten hatte, um zu dem Verbannungsort zu kommen, der ihm zuletzt zugewiesen war. Seine sterblichen Ueberreste wurden im Jahre 438 in der Apostelkirche in Konstantinopel beigesetzt, wobei der Sohn der Eudoxia, Theosius II., dem Leichnam hohe Ehren erwies.

Geselliger Abend zu Ehren der Landessynode.

Der Stadtverband der evangelischen Frauenhilfen veranstaltete gestern abend im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses anläßlich der Landessynode der unierten evangelischen Kirche einen Geselligen Abend, zu dem außer der Mehrzahl der Synodalen auch die Kirchenräte der Posener Gemeinden erschienen waren, so daß der Saal, in dem lange gedeckte Tafeln zum Zugreifen einluden, dicht besetzt war. Den Abend eröffnete der Verein Deutscher Sänger, der, wie so oft schon, seine schöne Kunst zur Verfügung gestellt hatte und unter der Leitung seines Liedermeisters Kroll durch den klangschönen packenden Vortrag zweier gediegener Männerchöre die Zuhörer erfreute. Superintendent Rhode gab in humorgewürzten Ausführungen der Freude des Stadtverbandes der Frauenhilfen Ausdruck, die Gäste herzlich willkommen heißen zu dürfen. Der Präses der Landessynode von Klitzing dankte mit verbindlichen Worten dafür, daß die Mitglieder der Landessynode auch diesmal wieder der freundlichen Einladung der Frauenhilfen zu einem Teeabend haben Folge leisten können. In etwa 1½stündigen, formvollendeten, teilweis humoristisch gefärbten fesselnden Ausführungen zeichnete alsdann der Pastor Weidauer aus Kolomea packende Bilder aus seiner 30jährigen Amtstätigkeit in den deutsch-evangelischen Gemeinden der Ukraine. Darauf machte der Student der Forstwissenschaften Voß die Teilnehmer des Geselligen Abends mit den mannigfachen Zielen und Aufgaben des Vereins deutscher Hochschüler und seiner ernsten Arbeit bekannt. Den Schluß des schön verlaufenen Abends bildeten zwei weitere Liedervorträge des Vereins Deutscher Sänger, die auch namentlich unter den auswärtigen Gästen volles Lob und restlose Anerkennung fanden. So nahm der Gesellige Abend bei der Fülle der leiblichen und geistigen Genüsse einen gediegenen Verlauf. hb.

Vor einer neuen Kältewelle?

Vor einer neuen Kältewelle? Man muß schon ein Fragezeichen hinter die jüngste Prophezeiung der Meteorologen setzen; denn mit ihren anderen Voraussagen sind sie in diesem Jahre, so weit es die Witterung unseres eigenen Heimatstriches betrifft, mehr oder weniger reingefallen. Schon im Sommer sprach man von einem frühzeitigen und bitterkalten Winter. Ob damit nur die Frosttage um das Weihnachtsfest herum gemeint waren? Man weiß es nicht genau. Wir hatten uns jedenfalls auf einen anderen Winter vorbereitet. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß der strenge Fürst des Nordens noch immer Eis und Schnee zur Genüge bringen kann. Es wäre ja gerade auch zu lächerlich, wenn der Januar, der Eismond, in diesem Jahre nicht auch sein Meisterstück machen wollte. Aber jetzt ist es höchste Zeit geworden, er muß sich beeilen, wenn er seine althergebrachten Manieren nicht versäumen will.

Nun ist die Behauptung aufgestellt worden, daß in kürzester Frist mit Frost und reichlichem Schneefall zu rechnen sei, und begründete diese Behauptung damit, indem man sagte, daß die Ursachen des wochenlangen bisherigen Tauwetters, die Ausläufer eines Azorenmaximums, endgültig vorüber sind.

An erster Stelle rechnete man mit Schneefall. Diese Vorhersage ist bereits eingetroffen. Und das ist gut so. Würde eine trockene Kältewelle einsetzen, wäre es schlimm um des Landmanns Saaten bestellt, die infolge der voraufgegangenen warmen Witterung zart und widerstandslos geworden sind. Das Unheil eines bevorstehenden strengen Winters kann nur dann verhütet werden, wenn vor dem Einsetzen tiefer Frostgrade Schnee fällt, der die Wintersaaten mit einer weichen weißen Decke verhüllt. Nun bleibt nur noch übrig, daß der Frost tatsächlich sich einstellt, auf daß das Zutrauen zu unserer modernen Meteorologie wiederhergestellt wird, das in den letzten Monaten arg gelitten hatte.

Warum funkeln die Sterne?

Die Sterne erscheinen unserem Auge nicht in ewiger Ruhe, sondern wir erblicken sie häufig in einem zitternden Zustande, wie wenn sie ihren Ort verließen und schnell wieder zurückkehrten. Auch in ihrer Lichtstärke, ja sogar in ihrer Farbe wirken sie oft verändert, und es entsteht auf diese Weise das Funkeln oder Flackern der Sterne, das bei den Fixsternen lebhafter ist als bei den Planeten. In der Nähe des Horizonts funkeln die Sterne mehr, als wenn sie sich in größeren Höhen befinden, und am deutlichsten ist das Gefunkel, wenn in den oberen Regionen der Atmosphäre lebhafte Winde wehen und Wolken rasch über das sanfte Firmament ziehen.

Die Ursache dieser Erscheinung, über die sich schon mancher den Kopf zerbrochen hat, wird von Wilhelm Naegler in einem Aufsatz von „Reclams Universum" erklärt.

Das Funkeln entsteht durch die ungleiche Brechung, die das Licht in warmer und kalter sowie in feuchter und trockener Luft erleidet. Infolge dieser Strahlenbrechung, die die von den Gestirnen kommenden Lichtstrahlen beim Durchgang durch die Atmosphäre erfahren, erscheint jeder Stern am Himmel höher, als er wirklich ist. Da in der Nähe des Horizonts häufig Luftströmungen auftreten, durch die ein Wechsel der Luftschichten von verschiedener Dichte entsteht, so ist hier das Funkeln lebhafter. Auch durch Dünste und Nebelbläschen, die die Luft bei ihrer Bewegung an einer Stelle verdrängen, wird eine stärkere Ablenkung des Lichtstrahls und damit ein lebhafteres Funkeln verursacht. Seit altersher will man in dem starken Funkeln der Sterne ein Vorzeichen nasser Witterung sehen, und die wissenschaftliche Beobachtung hat die Richtigkeit dieser Bauernregel erwiesen. Mit dem Eintritt oder Herannahen von Regenwetter sowie mit der Zunahme des Luftdrucks und der Temperatur wird das Sternengefunkel verstärkt; es ist im Winter stärker als im Sommer. Das Funkeln tritt nicht nur an den Regentagen selbst deutlicher hervor, sondern schon ein bis zwei Tage früher, und nimmt unmittelbar nach dem Aufhören des Regens wieder ab. Das Auftreten heftiger Winde und Herannahen einer Barometer-Depression erhöht ebenfalls die Intensität des Funkelns.

× **Neue Geldscheine.** Ausgegeben werden am 1. Februar neue 20-Zlotyscheine, am 15. Februar solche zu 50 Zloty; Anfang des zweiten Vierteljahres neue 10-Zlotyscheine.

× **Grippeerkrankungen.** Auch hier nimmt die Grippe andauernd zu. Von den bei der Krankenkasse gemeldeten Kranken leiden 15 Prozent an dieser Krankheit, von der täglich 50 Fälle gemeldet wurden, während es in der vorigen Woche nur 30 waren. Im allgemeinen aber nimmt die Krankheit einen guten Verlauf.

× **Posener Wochenmarktspreise.** Auch der heutige Mittwochs-Wochenmarkt war nahezu völlig tot. Für Landbutter zahlte man 2,30—2,60, für Tafelbutter 3 zł und für das Liter Milch 34—35 gr. Für die Mandel Eier zahlte man 3,40—3,50 zł. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt kosteten: Aepfel 35—60, Spinat 20, Rosenkohl 40, Grünkohl 15—20, Backobst 80, weißen Bohnen 40—45, Erbsen 50, eine saure Gurke 10—20, rote Rüben 10, Mohrrüben 8—10, Kohlrabi 20, Kohlrüben 8, Rotkohl 15, Weißkohl 10, Kartoffeln 7, Zwiebeln 25, eine Zitrone 12½—20. Auf dem Fleischmarkt notierten: frischer Speck mit 1,75, geräucherter Speck mit 2, Schweineschmalz mit 2,65, Schmer mit 1,75, Talg mit 1,60, Schweinefleisch mit 1,40—1,60, Rindfleisch mit 1—1,70, Kalbfleisch mit 1,50—1,70, Hammelfleisch mit 1,25—1,40. Auf dem Geflügelmarkt kostete eine Ernte 5—8, ein Huhn 1,30—4,50, ein Paar Tauben 2—2,40 zl. Auf dem Fischmarkt war die Zufuhr geringer als sonst. Es notierten pfundweise: Zander mit 2,20—2,50 zł, Karpfen mit 2,50—2,60, Hechte mit 1,80—2, Barsche mit 0,80—1,80, Bleie mit 1—1,40, Weißfische mit 0,40—0,80 zł.

× **Feuer.** Die Feuerwehr wurde gestern abend 7 Uhr nach der ulica Kościelna 53 (fr. Kirchstr.) gerufen, wo auf dem Boden über dem Pferdestall Stroh in Brand geraten war. In einem Nebenraum wurde der Fleischerlehrling Jan Sperliński infolge der starken Rauchentwicklung betäubt aufgefunden und dem Stadtkrankenhause zugeführt. Das Feuer war nach einer Stunde gelöscht.

Frauenecke.

III.

Wie wasche ich mit Radion?

Fortsetzung von Nr. 18 vom 23. Januar d. Js.

Sodann wird die Wäsche zuerst im warmen, dann im kalten Wasser so lange ausgespült, bis das Spülwasser ganz klar bleibt. Das gründliche Ausspülen hat nicht nur den Zweck, den gelösten Schmutz vollkommen zu entfernen, sondern auch die von der Wäsche aufgesogene, stark seifenhaltige **Radion**-Lösung gänzlich auszuwaschen. Darum nicht mit Wasser sparen!

Die mit **Radion** gewaschene, gründlich ausgespülte Wäsche hat einen angenehmen, erfrischenden Duft, wie nach der Rasenbleiche. Der erzielte Erfolg ist überraschend. Die Wäsche ist blütenweiß. Die ganze Arbeit, die man früher kaum in einem halben Tage bewältigen konnte, ist bei Verwendung von **Radion** mühelos in einer halben Stunde getan.

(Fortsetzung folgt, bitte auszuschneiden!)

„Freischütz".

Festvorstellung gelegentlich der Tagung der „Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft."

Gastspiel der „Deutschen Bühne Bromberg".

Warum Kopfzerbrechen darüber, ob es unbedingt erforderlich war, sich darüber zu vergewissern, ob in dem Bukett künstlerischer Veranstaltungen, womit die „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" gelegentlich ihrer diesjährigen in Posen stattgehabten Tagung ihre Teilnehmer geistig erfreuen wollte, nun auch alles so zugeschnitten hätte werden müssen, was unter die Rubrik „Ideal" zu klassifizieren wäre? Befreiend die Gewißheit, daß solche der Stärkung deutscher Kultur dienenden Taten im höchsten Ausmaße einem vorurteilslosen Idealismus entspringen, dem es lediglich darauf ankommt, zu verhüten, daß der offene Blick für die bedeutungsvollen Schätze unserer deutschen Dicht- und Tonkunst sich nicht in Kurzsichtigkeit umwandeln. Und da war es gerade ein glückhafter Gedanke, die „Deutsche Bühne Bromberg", welche bekanntlich im Laufe ihres Bestehens zu einem unbestrittenen Renommee emporgerankt ist, heranzuholen, um Karl Maria von Webers „Freischütz" zwecks Kräftigung der kulturellen Weitsicht ins Treffen zu führen. Dieser „Freischütz" Webers, dessen hundertjährigen Todestages voriges Jahr in all den Ländern, wo die Musik als Förderin ethischer Läuterung angesehen wird, mit der gehörigen Weihe gedacht wurde, kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als die deutscheste aller deutschen Opern musikhistorisch gekennzeichnet worden zu sein.

Schon der Stoff, jene Sage von dem Schützen, der sich mit Hilfe des Teufels (in der Oper „Samiel" genannt, daher das geflügelte Wort „Samiel hilf") „Freikugeln" verschafft, von denen sechs unfehlbar treffen, der siebenten aber der Teufel die Richtung gibt, verleiht der Handlung einen anheimelnden romantischen Zug. Letzterer war aber nur Mittel zum Zweck: Diesem von F. Kind verfaßten Libretto (er schrieb auch den Text zu Kreutzers „Nachtlager von Granada") führte nämlich Weber, damals Kgl. Hofkapellmeister in Dresden, eine Musik zu, die in dem damals in Deutschland entbrannten großen Kampf zwischen fremdländischer und heimischer Tonkunst erste Siegerin blieb und bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Jener 18. Juni 1821 war die Geburtsstunde dieser national-deutschen Oper, in dem von Schinkel neuerbauten Berliner Schauspielhaus stand ihre Wiege. Sie hat die Hoffnungen der deutschen Partei hernach nicht betrogen: Mit dem „Freischütz" war in Wahrheit ein bisher unbekannter Stern am Himmel deutscher Kunst aufgegangen, der letzterer nicht nur dem deutschen Sang das Heimatrecht innerhalb seines Vaterlandes errang, sondern auch dafür sorgte, daß die deutschen Bühnen von der Diktatur fremdländischen Kunstgeistes befreit und das wurden, was sie noch in der Gegenwart sein sollen: Eine Pflegstätte der Herrlichkeit und Machtfülle des deutschen Genius. **Wenn Weber auch am Abend jenes für die deutsche** Operngeschichte stets denkwürdig bleibenden Abends in sein Tagebuch schrieb: „Soli Deo gloria", so war diese Aufführung eine Reform einmal von grundlegender bühnenkünstlerischer und darüber hinaus von deutsch-kultureller Bedeutung. „Es sind Dinge darin", so schrieb er über den „Freischütz" an einen Freund, „die in solcher Weise noch nicht auf der Bühne waren — Gott gebe nur, daß ich das Rechte getroffen!" Es war kein Trugschluß.

In tonkünstlerisch-technischer Hinsicht hob sich klingend als Novum die betont angedeutete Einführung von „Leitmotiven" ab, mehr oder minder prägnante Themen, mittels deren bestimmte führende Personen oder sie umgebende Situationen charakterisiert werden sollten. Hinzu trat die sogenannte „Szenenform", welche, die steife Gestalt der Arie verschmähend, dem Rezitativ ausgiebigste Freiheit sicherte und zwischen Kantilene und Deklamation einherpendelt, Errungenschaften, denen bekanntlich Richard Wagner seinen Aufstieg zu verdanken hat. Ein „Meisterschuß" für sich ist die Ouvertüre zu Webers Glanztat. War es vorher Gebrauch, in stark verwässerter, oft oberflächlicher Weise auf die kommenden musikalischen Erlebnisse vorzubereiten — die Herrschaften im Zuschauerraum konnten dabei ruhig Zeitung lesen oder die Tagesereignisse besprechen —, so gab unser Komponist, anknüpfend an Beethovens „Egmont"-Vorspiel, ein festes Programm, in dessen Inhalt, Spiegelbilder der kommenden Handlungen, er die Hörenden vertieft und vorbereitet wissen wollte. Diese wenigen Andeutungen lassen es erlaubt erscheinen, wenn ich einleitend der „Deutschen Bühne Bromberg" das Belobigungsattest ausstellte, daß sie gerade mit Webers „Freischütz" und seinem Drum und Dran sich nach Posen zu der dort stattfindenden Tagung der „Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft" auf den Weg machte. Diese Inbewegungsetzung des Thespiskarrens war des Schweißes der daran beteiligten Triebräder vollauf wert. Töricht derjenige, welcher nun etwa von einem Trupp von Personen, die sich in Liebe zu einer Sache unter dem Schild einer Liebhaberbühne zusammengeschlossen haben und im Nebenberuf ihren Volksgenossen notgedrungen erheblich abgemessene Einblicke in deutsches Kunstleben gewähren, verlangt, Leistungen vorgesetzt zu erhalten, die imstande sind, berufsmäßigen Veranstaltungen solcher Gattung Paroli zu bieten. Eingangs sind ja die hier Platz greifenden Begriffe „Ideal" und „Idealismus" gegenübergestellt worden. Hat jemand schon für manche solistische Einzeltaten keinen Ueberschwang an Begeisterung übrig — er wird sich auch in diesem Fall von dem leisen Vorwurf der Ungerechtigkeit schwer reinigen —, so werden auch diese Unzufriedenen mit mir darin übereinstimmen, daß es in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten, vor die sich die Regie gestellt sah, bewundernswert war, wie das Werk zustande kam, ohne den Eindruck eines Gerippes zu hinterlassen. Auf der sogenannten Bühne des großen Saales des Posener „Zoologischen Gartens" eine „Wolfsschlucht" zu inszenieren, ohne lächerlich zu wirken, ist fraglos eine Leistung, die hochbewertet werden muß. Und dieses Kunststück haben unsere lieben Bromberger Theaterleute am 20. Januar fertig gebracht.

Neben dem Leiter dieses fliegenden Kunstverkündigungsinstituts, Dr. Hans Titze, war es vornehmlich Professor W. Schnura, dem diese geschickte Ausnutzung eines eng beschränkten Flächenraums zu danken ist. Spielleiter und Mathematiker ergänzten sich aufs vorteilhafteste. In der Besetzung der Rollen erwiesen sich die beiden Sopranistinnen als das stärkere singende Geschlecht. Als „Agathe" zeigte Frau Kolloch-Reeck, daß ihre Stimme ausgeglichener, tragkräftiger und im Phrasieren gelenkiger geworden ist. Die dankbare, Gemeingut des deutschen Volksempfindens gewordene Arie „Leise, leise, fromme Weise" durchglühte Natürlichkeit der Auffassung und Anmut der poetischen Gestaltung. Darstellerisch gab sich die Sängerin nicht minder routiniert; sie entwarf ohne Anwendung besonderer Kniffe das Bild einer treuen, waschechten, verliebten deutschen Braut. Ihr zur Seite Fräulein Grete Wisniewski als „Aennchen", der Grillen verscheuchende, stets Lebensfreude verbreitende gute Geist des Försterhauses. Homogen diesen psychischen, mit aller Deutlichkeit zum Austrag gelangten Eigenschaften ein musikalisches Unterstreichen, das sich in der Fahrrinne rein künstlerischer Abstraktion fortbewegte. Ich vermute, es äußerte sich hier ein Talent, über das sich zu freuen, nicht nur seine Besitzerin Anlaß hatte. Den „Freischütz", Max mit Namen, sang Herr Dindinger namentlich in den hoch notierten Tonskalen recht brav. Sein tenorales Organ (lyrische Klasse) entfaltete Gefühlszüge, denen man sich gegenüber nicht kalt stellen konnte. Herr Lenkeit wiederum porträtierte den „Caspar" gesanglich mit der notwendigen naturalistischen Umrahmung sehr scharf. Besonders in der Handhabung der Rezitative erwies sich sein Baß-Bariton musikalisch außerordentlich geschult und formgewandt. Aehnliches trifft für den Erbförster „Cuno" zu, dem der Baß des Herrn Hahnn das gewünschte sonore Klangwert zuführte. Die Herren Schnura (Graf Ottokar), Bernhardt (Eremit), Dr. Titze (Samiel) und Golem (Kilian) trugen fleißig dazu bei, daß die günstige Wirkung der soeben angeführten Gesangsleistungen sich noch weiter festigte.

Am Dirigentenpult stand Herr Direktor v. Winterfeld. Er hielt die ihm unterstellten Instrumente tüchtig im Zuge und war hinsichtlich der Temponahme vorwiegend aufmunternd. Die die Vorgänge in der „Wolfsschlucht" untermalende Musik glänzte durch dramatisch gefärbte Klangfülle und trug wesentlich dazu bei, daß gerade dieses Bild, an das schon mancher Kapellmeister nur mit Unbehagen gedacht hat, sich reibungslos abwickelte. Ausgezeichnet waren die Chöre, sie boten sich in einem gesäuberten Aufzug dar und standen mit den Begriffen gereinigter Harmonie in bester Freundschaft. Ich wiederhole, es war kein Ideal diese „Freischütz"-Aufführung, aber sie stützte sich auf einen lebendig sich abhebenden Idealismus, der alle Mitwirkenden beseelte, und das machte sie so wertvoll und so zur Dankbarkeit anregend. Deshalb wird man sich ihrer noch lange und gern erinnern.

Alfred Loake.

Handelsnachrichten.

Auf dem polnischen Seidenmarkt herrscht eine bisher noch nicht dagewesene Stagnation. Selbst die Weihnachtsfeiertage und die Karnevalsaison brachten keine Belebung. Für die Inlandswaren ist die Tschechoslowakei eine gefährliche Konkurrenz, welche große Mengen von Halbseiden- und Seidenprodukten zu bedeutend niedrigeren Preisen als Polen verkauft. Die Großhändler haben die Preise für Inlandsmaterialien um 6—10 Prozent ermäßigt. Die Zahl der Wechselproteste in der Branche ist bedeutend, obwohl die Kleinhändler die Waren unter den Preisen für Materialkosten abgeben, nur um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Bei dem Verkauf der Inlandsmaterialien fordern die Fabriken 30 Prozent in bar, den Rest gegen zweimonatige Wechsel. Die Vertreter der französischen Fabriken fordern eine kleine Baranzahlung und erteilen Kredite bis 4 Monate. Andere ausländische Firmen geben den ständigen und soliden Abnehmern drei- bis viermonatige Kredite, dagegen müssen weniger bekannte Kunden 50 Prozent in bar, den Rest in Wechseln mit zweimonatigem Termin zahlen.

Ein selbständiges polnisches Zinksyndikat mit dem Sitz in Warschau oder Kattowitz soll demnächst ins Leben treten, nachdem das polnisch-deutsche Zinksyndikat, dem alle ostoberschlesischen Zinkhütten angehörten, mit dem 31. Dezember 1926 zu bestehen aufgehört hat. Man hat diese Umorganisation irrtümlicherweise mit dem im Dezember erfolgten Besuch Harrimans in Warschau in Zusammenhang gebracht, da die zur Förderung der ostoberschlesischen Zinkindustrie gegründete American Silesian Corporation jetzt ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Wie wir hören, ist aber nicht die von der polnischen Giesche-Gesellschaft in Verbindung mit Harriman verfolgte Zinkpolitik der unmittelbare Grund zur Auflösung des alten Syndikats gewesen, sondern das Verarbeitungsabkommen, das zwischen der schlesischen Gesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb Sp. Akc. in Lipine und Kattowitz einerseits und der zur Gruppe Mansfeld A.-G. gehörenden Montangesellschaft m. b. H., Berlin sowie der Coframet, Paris (Französisch-Amerikanische Metall- und Erzgesellschaft) andererseits getroffen worden ist. Die Lipiner Gesellschaft hat sich unter gewissen Bedingungen verpflichtet, diesen beiden Firmen einen gewissen Anteil ihrer Zinkproduktion abzutreten, und mit diesem Anteil wollten die Montan G. m. b. H. und die Coframet dem Zinksyndikat beitreten. Jedoch kam es mit dessen Mitgliedern zu keiner Verständigung. Gegenwärtig verkaufen die ostoberschlesischen Zinkhütten ihre Produktion nach freiem Ermessen.

Der Anbau von Wintergetreide in Preußen. Zu Anfang Dezember des vergangenen Jahres sind über die verhältnismäßige Zu- oder Abnahme des Anbaus von Wintergetreide von den Saatenstandsberichterstattern Nachrichten eingezogen worden. Nach Aufbereitung dieses Materials ergibt sich für Preußen im Vergleich mit den im Vorjahre bei der Anbauflächenerhebung ermittelten Wintergetreideflächen folgendes Bild: Im Frühjahr 1926 wurden ermittelt für Winterweizen 860 415 ha, für Winterroggen 3 529 972 ha, für Wintergerste 111 101 ha und für Winterraps 17 634 ha. Im Herbst 1926 wurden bei Winterweizen 12 637 ha oder 1.5% und bei Wintergerste 369 ha oder 0.3% mehr, bei Winterroggen dagegen 33 081 ha oder 0.9% und bei Winterraps 444 ha oder 2.5% weniger bestellt. Hiernach ist der gesamte Anbau von Wintergetreide ein wenig zurückgegangen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Einschränkung des Winterroggenbaues.

Der polnisch-italienische Handelsvertrag ist nach einer Bekanntmachung im „Dziennik Ustaw" Nr. 4 nunmehr auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt worden.

Eine Expedition Thyssens nach Turkmenistan und Usbekistan beschäftigt sich gegenwärtig mit der Feststellung von Bodenschätzen in diesen Gebieten. Laut „Ekonomitscheskaja Shisn" beabsichtigt Thyssen, Bergwerks-Konzessionen von der Sowjetregierung zu erlangen.

Eine Steigerung der Rauchwarenpreise in Rußland ist nach einer Meldung aus Kisil-Orda (am Amu-Darja-Fluß) seit Anfang d. Js. zu beobachten, und zwar besonders für Füchse, Korsak (Kirigisenfüchse), Hermelin usw.

Auf dem Warschauer Ledermarkt wurden in den letzten Tagen für Fertigfabrikate je kg loco Fabriklager folgende Preise notiert: Sohlenleder in ganzen Stücken 7.50—9 zł je nach Güte, Juchtenleder 2.40—3.10 zł je Fuß, Kalbleder mittel 2—2.65 zł je Fuß. Rohleder je kg Frischgewicht loco Schlachthof: Rindleder schwer 2.45—2.65 zł, mittel 2—2.20, Kalbleder 2.90—3.10, Pferdeleder je Stück 27—36. Im allgemeinen ist die Tendenz fest. Die in den letzten Tagen größer gewordenen Warenkäufe sind nicht als das Ergebnis einer vermehrten Verarbeitung von Leder in den Gerbereien zu betrachten, sondern der Versorgung der Abnehmer mit Leder auf Lager. Das ist wiederum darauf zurückzuführen, daß die Umsätze auf dem Markt für fertige Ledererzeugnisse angesichts der großen Einfuhr dieser Fabrikate nicht groß sind. Auf dem Rohledermarkt ist eine Preissteigerung nicht ausgeschlossen, umsomehr als das Angebot begrenzt ist. Für aus Holland importiertes Kalbleder wurden zuletzt 0.43—0.46 Dollar je kg notiert.

Die ersten polnischen Goldstücke befinden sich bereits im Verkehr. Es sind 10- und 20-Złotystücke (Legierung 900), die auf der Vorderseite das Bild Boleslaus Chrobrys mit Krone tragen. Der Rand zeigt die Aufschrift „Boleslaus Chrobry 1025—1925". Die Bank Polski wechselt diese Münzen nur gegen ausländisches Gold ein.

Die russische Industrie im Dezember hat ihre Produktion um 2.68 Prozent gegenüber November erhöht, wobei die größte Steigerung die Naphthaproduktion, die Kohlenförderung, die Gummiwarenfabrikation, die Herstellung von Fetterzeugnissen, von Papier und Zündhölzern aufweisen. Die Gesamtarbeiterzahl ist im Laufe des Monats um 0.82 Prozent gestiegen. Hierbei verzeichnet die Kohlenindustrie die größte Zunahme. Die Arbeitsleistung zeigt in derselben Zeit eine leichte Tendenz zum Wachsen. Die Arbeitslöhne haben um ein Geringes abgenommen. Die Finanzlage der Industrie wird durch den steigenden Bedarf an Betriebsmitteln charakterisiert bei ungenügenden Bargeldeingängen. Der Absatz der Industrierzeugnisse hat sich im Dezember in einigen wichtigen Gruppen der Marktwaren vermindert. Die Quartalsbilanz zeigt für den Absatz fallende Tendenz.

× **Einen spaßigen Vorgang** erzählt der „Kurjer": In einer kleinen Kirche unweit Posens war Sonntag der übliche Gottesdienst. Der Organist lag krank an der Grippe. Vertreten sollte ihn sein Sohn, der ebenfalls Orgel spielt, sonst aber Fahrkartenverkäufer ist. Nach einer dienstlich schlaflos verbrachten Nacht war der neue Organist während der Predigt eingenickt. Nach der Predigt gab ihm jemand einen Stoß, damit er aufwache. Dieser konnte sich aber im Augenblick nicht orientieren, und mit sonorer Stimme verkündete er vom Chore: „Pociąg pospieszny do Poznania, pięć minut postoju!" (Schnellzug nach Posen hat 5 Minuten Aufenthalt.)

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: in der Schützenstraße 31 Wäschestücke und 7 Handtücher mit den Buchstaben M. K. und S. K. im Gesamtwerte von 266 zł; aus einem Schuhwarengeschäft Górna Wilda 17 (fr. Kronprinzenstr.) 7 Paar Schuhe im Werte von 150 zł; aus dem Keller des Hauses Wały Wazów 22 (fr. Königsring) 70 Flaschen Rheinwein im Werte von 700 zł; aus einer Wohnung Wierzbięcice 5 (fr. Bitterstr.) Damen- und Herrenkleidungsstücke, sowie Wäsche im Werte von 1000 zł; aus dem Kontor eines Ladens ul. Franciszka Ratajczaka 14 (fr. Ritterstr.) ein Herrenpelz im Werte von 3000 zł; aus dem Schaufenster eines Galanteriewarengeschäfts Pierzcznica 4 (fr. Wittelsbacherstraße) 4 Akten- und 2 Damenhandtaschen.

× **Vom Warthehochwasser.** Heute, Mittwoch, früh betrug der Wasserstand der Warthe in Posen + 3.13 Meter, gegen + 3.23 Meter am Dienstag früh.

× **Vom Wetter.** Heut, Mittwoch, früh waren bei bewölktem Himmel zwei Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Donnerstag, 27. Januar. Hauptversammlung des Posener Rudervereins Germania abends 8 Uhr in der Bauhütte.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Bromberg, 25. Januar.** Ein trauriger Unfall ereignete sich im Hause Thornerstraße 48. In der Wohnung der Familie Dolny wurde während der Abwesenheit der Wohnungsinhaber gewaschen. Auf dem Fußboden stand ein großer Kessel kochenden Wassers. Das zweijährige Töchterchen Józia wollte in den Kessel sehen, riß ihn dabei um und verbrühte sich schwer. Im Krankenhaus ist das Kind unter furchtbaren Schmerzen verstorben.

* **Lissa, 25. Januar.** In der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag wurde der städtische Haushaltsvoranschlag für die Zeit vom 1. 4. 27 bis 31. 3. 28 festgesetzt. Erster Bürgermeister Kowalski gab einen Ueberblick über die Etatstitel und betonte, daß der Voranschlag unter dem Grundsatz der größten Sparsamkeit aufgestellt sei. Trotzdem übersteigt der Etat denjenigen des Vorjahres um 126 266 Zloty, er schließt ab mit 1 170 549 Zloty, während der Etat des Jahres 1926 die Höhe von 1 044 282 Zloty hatte. Der Voranschlag wurde angenommen. Weiter wurde beschlossen, im kommenden Etatsjahre folgende Kommunalabgaben wieder zu erheben: die Hundesteuer, die Billettsteuer, Luxussteuer, Hotel- bzw. Pensionatssteuer, Jagdausübungssteuer, Grundstücksumsatzsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Erhebung der Kanalgebühren bleibt im neuen Geschäftsjahre unverändert. Am Schluß der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung verlas der Vorsitzende die Beantwortung des Magistrats auf das in der vorherigen Sitzung von einigen Stadtverordneten der Linkspartei vorgebrachte Mißtrauensvotum gegen den Magistrat. Aus der Beantwortung und der anschließenden Aussprache ergab sich, daß die Vorwürfe der Antragsteller unbegründet waren.

* **Nakel, 25. Januar.** An den Folgen einer Blutvergiftung ist ein Nakeler Schulkind in diesen Tagen gestorben. Es wurde vor Wochen durch den Hund eines Besitzers aus der Nachbarschaft ins Bein gebissen. Man achtete nicht viel auf die Wunde. Ein Arzt, der schließlich die Behandlung des Kindes in seine Hand nahm, konnte nicht mehr die infolge Infektion eingetretene Blutvergiftung aufhalten. Nun ist das Kind durch den Tod von seinem mehrwöchigen Krankenlager erlöst worden.

* **Neutomischel, 26. Januar.** In Szklarka Trzcielska (fr. Glashütte) feierte das Hermann Mückesche Ehepaar am 18. d. Mts. die Goldene Hochzeit im Kreise seiner Familie in geistiger und körperlicher Frische. Der Jubelbräutigam ist 72, die Jubelbraut Pauline, geborene Binder, 82 Jahre alt.

* **Pleschen, 25. Januar.** Rittergutsbesitzer Karl Kutzner hat sein Rittergut Ordzin an den Rittergutsbesitzer von Chełkowski aus Dzierzanow, Kreis Koschmin, verkauft.

□ **Schrimm, 25. Januar.** Die Silberne Hochzeit feierte das Reinhard Draheimsche Ehepaar in Ostrowieczno (fr. Seeweiler) am 17. d. Mts. Das Jubelpaar ist vor 25 Jahren dort angesiedelt und weit über die Grenze des Kreises wegen seiner Gartenanlage bekannt, die vielfach von der Landwirtschaftskammer in deutscher Zeit prämiiert und belobigt worden ist.

* **Wollstein, 23. Januar.** Infolge zahlreicher Grippeerkrankungen unter den Schülern des hiesigen staatlichen Lehrerseminars wurde die Lehranstalt auf vierzehn Tage geschlossen.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Briesen, 25. Januar.** Wegen Nachlässigkeit im Amte und leichten Lebenswandels hatte der Bürgermeister unserer Stadt den Magistratsbeamten Wl. Reich entlassen. R. begab sich darauf ins Ausland zu seinem Bruder, kehrte aber bald in Armut hierher zurück und beschloß, sich am Bürgermeister wegen seiner Entlassung zu rächen. Eines Abends, als noch der Bürgermeister in seinem Bureau arbeitete, warf R. einen Ziegelstein durch das Fenster. Der Stein schlug gegen den Stuhl, auf dem der Bürgermeister saß, ohne schwere Folgen zu verursachen. Der Täter ist verhaftet worden. — Um sich das nötige Geld zu Leckereien zu verschaffen, verfielen drei Kinder, ein fünfzehnjähriges Mädchen und zwei zwölfjährige Knaben von hier auf einen nicht alltäglichen, aber sehr schändlichen Einfall. In der hiesigen katholischen Kirche befindet sich nämlich eine Opferbüchse in Gestalt eines Negers, in welche die Gläubigen ihre Opfergroschen werfen. Dieser Figur hatte das Diebeskleeblatt den Kopf abgebrochen, und das Geld wurde täglich herausgenommen. Zuletzt fiel es dem Geistlichen auf, daß die Opferbüchse ständig leer war, bis man schließlich den Trick entdeckte. Die Polizei ermittelte bald die Täter.

* **Dirschau, 24. Januar.** Die Sprache verloren. Während des Gottesdienstes in der katholischen Pfarrkirche wurde ein junger Mann von einem Unwohlsein befallen, so daß er kein Wort über die Lippen bringen konnte. Der Bedauernswerte wurde sofort ins Vinzenzkrankenhaus eingeliefert.

* **Pelplin, 25. Januar.** Große Mengen falscher 5-Złotyscheine befinden sich in unserer Stadt im Umlauf. An einem Tage wurden auf der Post für 500 zł von diesen Fälschungen angehalten und beschlagnahmt. Da sie nach dem letzten Jahrmarkt aufgetaucht sind, nimmt man an, daß Händler aus Kongreßpolen sie eingeschleppt haben.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen, 24. Januar.** Im August v. Js. nahm ein gewisser Woźniak aus Kolatta bei Posen einen Antoni Kozłowicz mit auf seinen Wagen. In der Nähe von Węglewo zog Woźniak plötzlich ein Messer und mit dem Rufe: „Gib das Geld heraus oder das Leben" überfiel er Kozłowicz und raubte diesem 40 zł. Am Sonnabend verurteilte die Strafkammer Woźniak zu einem Jahr Gefängnis.

* **Bromberg, 25. Januar.** Der „Deutsch. Rundsch." entnehmen wir folgenden Bericht: Der deutsche Lehrer Richard Busse aus Falkenburg, Kreis Bromberg, machte bei der Polizei vor längerer Zeit die Anzeige, daß der deutsche Landwirt Heinrich Bücker, ebenfalls aus Falkenburg, bei Ablieferung der Schulutensilien, als er das polnische Hoheitszeichen (Adler) übergab, gesagt haben soll: „Hier haben Sie die polnische Krähe!" (Vergehen gegen § 135 St.-G.-B.) Der Angeklagte Bücker bestreitet das und bemerkt, daß die Anzeige des Busse aus Rache geschah, weil er dem Angeklagten in seiner Eigenschaft als Rendant unbequem war. Diese letzte Angabe muß Busse, der sich vergeblich bemüht, sich polnisch auszudrücken, als Zeuge auch zugeben und bekennen, daß er die Absicht hatte, den Bücker als Schulrendant entfernen zu lassen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hält die Anklage aufrecht und beantragte 50 Zloty Geldstrafe oder fünf Tage Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Szczudłowski von hier, bemerkte u. a., daß sich hier vor Gericht zwei Deutsche befänden, der eine als Angeklagter und der andere als Hauptbelastungszeuge. Letzterer scheine plötzlich sein polnisch-patriotisches Herz entdeckt zu haben, da er auf diese Weise das polnische Wappen verteidige. Hier offenbare sich eine Sache des Hasses, die niedriger zu hängen sei. Der Angeklagte habe das Wappen nicht beschädigt oder Unfug damit getrieben, deshalb liege auch keine strafbare Handlung vor. Ein Strafurteil wäre gegen die Ethik und Gerechtigkeit, deswegen beantrage er Freisprechung. Nach kurzer Beratung fällte das Gericht ein freisprechendes Urteil.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr

S. S. S. 800 1. Sie sind dazu verpflichtet, den Schornstein durch den Schornsteinfeger fegen zu lassen. 2. Wir können Ihnen die Frage nicht ohne Kenntnis der genauen Sachlage an Ort und Stelle beantworten. Wenden Sie sich wegen einer Entscheidung an die allein zuständige Stelle, den Kreisausschuß.

F. K. in Ch. Wir können Ihre Anfrage nicht eher beantworten, als bis Sie uns einen Briefumschlag mit Freimarke eingesandt haben.

E. W. in M. Ihrem Wunsche können wir nicht nachkommen, da die Bezugsquittungen, die uns bei Briefkastenanfragen eingesandt werden, von uns nicht aufbewahrt werden.

O. Br. in Gl. Die 90 000 Mark hatten einen Wert von 120 zł, die 100 000 Mark einen solchen von 71.43 zł; davon können Sie 10 Prozent, d. h. zusammen 19.14 zł zurückfordern.

W. W. 56. 1. 909,09 Zloty. 2. 33,33 Zloty.

Wettervoraussage für Donnerstag, 27. Januar.

= **Berlin, 26. Januar.** Anfangs trockenes und ziemlich heiteres Frostwetter, später stärkere Bewölkung.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 27. Januar.

Berlin (483,9 und 566 Meter). 4: Edmund Erpf: Als erster Deutscher im Auto durch die Sahara. 4.30—6: Kapelle Gebrüder Steiner. 6.30: Einführung zu „Die Postmeisterin", Sendespiel am 28. Januar. 7.05: Spanisch. 7.35: Otto Zarek: Das Drama der Gegenwart. Das dichterische Drama. 8: Rechtsfragen des Tages. 9: Kosleckscher Bläserbund. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Breslau (322,6 Meter). 4.30—6: Nachmittagskonzert. 7 bis 7.30: Dr. med. Zehden: Mit Euch, Herr Doktor, zu spazieren. 7.35—8.05: Prof. Dr. Kuehnemann: Deutsche Klassik. 8.15: Sinfoniekonzert des Schlesischen Landesorchesters.

Frankfurt a. M. (428,6 Meter). 3.30—4: Stunde der Jugend. 4.30—5.35: Nachmittagskonzert. 5.45—6.05: Lesestunde. 6.45 bis 7.45: Türkische Musik. 8.15: Vortragsabend Resi Langer-Berlin.

Königsberg (303 Meter). 4: Balalaikakonzert (Uebertragung aus Danzig). 8: Kammermusik.

Königswusterhausen (1300 Meter). 3.30—4: Min.-Rat Schindler: Der Jugendliche in der Wirtschaft und im Recht. 5—5.30: Dr. Karl Staehlin: Jakob Staehlin. 6.30—7: Spanisch für Fortgeschrittene. 8—8.30: Alice Berend: Reise nach London. Ab 8.30 Uebertragung aus Berlin.

Leipzig (365,8 Meter). 4.30—6: Nachmittagskonzert. 7—7.30: Gartenmeister Schmidt-Dessau: Die Pflege der Zimmerpflanzen. 7.30—8.30: Alfred v. Heuß zum 50. Geburtstag. 8.45: Rilke-Feier.

München (535,7 Meter). 1.15: Harmoniumkonzert. 4: „Der Tag des Gerichts", Erzählung von Selma Lagerloef. 4.30: Nachmittagskonzert. 7: Dr. Günter Weiß: Der Sport unserer Zeit. 7.25: Englisch. 8: „Peer Gynt", ein dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen. Musik von Edward Grieg.

Zürich (449 Meter). 3: Nachmittagskonzert. 7.30: Frau Dr. K. Koehler: Wir Mütter und die Schule. 8: Lieder- und Duettenabend.

Wien (517,2 und 577 Meter). 11: Vormittagsmusik. 4.15: Nachmittagskonzert. 7: Musikalischer Vortrag. 7.35: Orchesterkonzert der Wiener Philharmoniker.

Warschau (1015 Meter). 6—6.40: Tanzmusik. 7—7.25: Englisch. 7.45—8.10: Dr. Adamowiczowa: Die Alkoholfrage in Warschau. 8.30—10: Solistenkonzert.

Rundfunkprogramm für Freitag, 28. Januar.

Berlin (483,9 und 566 Meter). 3.30: Ola Alsen: Die Sprache der Blumen. 4: Dr. Hans Schulz: Die Kunst des Sehens. 4.30: „Der Sohn", eine Szene von Thekla Lingen. Gelesen von der Verfasserin. 5—6: Konzert. 7.30: Dr. Frommer: Spinozas Leben und Lehre. 8: „Die Postmeisterin", Operette in drei Teilen von Leon Jessel. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Breslau (322,6 Meter). 4.30—6: Nachmittagskonzert. 6.50 bis 7.20: Amerikanische Buchführung. 7.20—7.50: Dr. Landsberger: Einführung in die Betrachtung bildender Kunst. 8: „Die Postmeisterin", Operette von Leon Jessel. (Uebertragung aus Berlin.)

Frankfurt a. M. (428,6 Meter). 3.30—4: Stunde der Jugend. 4.30—5.45: Für die Hausfrau. 6.45—7.15: Stenographie. 8.15: „Maria Magdalene", ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel. Anschließend bis 12.30 Tanzmusik.

Königsberg (303 Meter). 4: Märchenstunde. Aus Andersens Märchenschatz. 4.30—6: Nachmittagskonzert. 7: Sinfoniekonzert. 9.45: Frau Thurau: Streifzüge durch die Frauenberufe. 10.30: Schach.

Königswusterhausen (1300 Meter). 3.30—4: Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. 4—4.30: Prof. Dr. Streicher: Deutsche Muttersprache. 5.30—6.30: Prof. Dr. Rothaker: Geschichte und Geschichtsschreibung. 6.30—7: Englisch für Anfänger. 8.30: Heimat. Lieder aufs deutsche Land. (Uebersetzung aus Hamburg.)

Leipzig (365,8 Meter). 4.30—6: Nachmittagskonzert. 6.05 bis 6.30: Bücherbesprechung. 7.30: „Königskinder", Oper in 3 Akten von Humperdinck. 10.45—12: Tanzmusik.

Rom (449 Meter). 9: Aus „Der Fächer", Operette von Alfredo Cuscina.

Zürich (494 Meter). 8: Nachmittagskonzert. 5.30: Kinderstunde. 7.30: Englisch. 8: Zitherabend von Richard und Lilli Grünwald.

Wien (517,2 und 577 Meter). 11: Vormittagsmusik. 4.15: Nachmittagskonzert. 7: Französisch. 7.30: Englisch. 8: „Der Kompagnon", Lustspiel in vier Akten von L'Arronge.

Warschau (1015 Meter). 4.45—5.10: M. Wankowicz: Die Kirchen in Mexiko. 5.40—6.40: Konzert. 8.05: Uebertragung des Konzerts aus der Philharmonie.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Mittwoch, d. 26. Januar: „Der Obersteiger."

Donnerstag, d. 27. Januar: „Madame Butterfly." (Gastspiel Teiko Kiwa.)

Freitag, d. 28. Januar: „Das Dreimäderlhaus." (Ermäßigte Preise.)

Sonnabend, d. 29. Januar: „Don Juan." (Premiere, Gastspiel Romejko.)

Sonntag, d. 30. Januar, nachm. 3 Uhr: „Die schöne Helena." (Ermäßigte Preise.)

Sonntag, d. 30. Januar, abends 7½ Uhr: „Cavalleria Rusticana" und „Bajazzo."

Montag, d. 31. Januar: „Don Juan." (Gastspiel Romejko.)

Vorverkauf an Wochentagen im Teatr Polski von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., an Sonn- und Feiertagen nur im Teatr Wielki von 11½—2 Uhr. **Nach Beginn der Vorstellung wird niemand eingelassen.**

Handelsnachrichten.

Polnisches Saatgut über Rotterdam. Wie die „Hart. Ztg." meldet, zeigt der deutsch-polnische Zllkrieg immer neue Anomalien. Die Deckung des deutschen Bedarfes an ausländischer Seradella aus Polen, die bei natürlichen Verhältnissen über die Landesgrenze erfolgt, ist durch den festgesetzten Kampfzoll in Höhe von 9 Mark außerordentlich erschwert. Dagegen kann holländische Serradelle zu dem Vertragszoll von 3 Mark bezogen werden. Wie nun in Händlerkreisen verlautet, sollen große Verladungen aus Polen nach Rotterdam erfolgt sein, die von dort aus zu dem geringeren Satze von 3 Mark nach Deutschland importiert werden. Diese Methode ist um so eher möglich, als die hauptsächlichsten Verbraucher von Serradelle in Nordwestdeutschland, vorzugsweise in Oldenburg, Westfalen und Hannover ansässig sind.

Die inländische Serradelle-Ernte ist im vorigen Jahre recht schlecht ausgefallen. Die gesamte Produktion dürfte bereits untergebracht sein. Da schon in normalen Jahren der Mehrbedarf Deutschlands an diesem wichtigen Grünfutter und Gründüngungsartikel etwa 50 Prozent beträgt, besteht die Notwendigkeit erhöhter Einfuhren. Im Zusammenhang hiermit stehen auch die außerordentlichen Preissteigerungen, welche der Artikel seit Beginn des Jahres erfahren hat. Während Serradelle im Dezember noch mit 9 bis 10 Mark je Zentner gehandelt wurde, lauten die Forderungen jetzt auf etwa 18 bis 19 Mark. Die Erhöhung beträgt also innerhalb vier Wochen rund 100 Prozent. Allgemein wird erwartet, das Serradelle etwa die Preislage von Gelbklee erreichen wird. Erschwert wird die ganze Lage weiter dadurch, daß in anderen Jahren im allgemeinen ziemlich bedeutende Bestände vorhanden waren. Im laufenden Jahre dürften aber nennenswerte Vorräte nicht zu verzeichnen sein. da in Anbetracht der 1926 erzielbaren hohen Preise bereits im April das gesamte Material ausverkauft war. Ein Ersatz der Serradelle durch andere Früchte etwa Gelb-Lupinen ist nur in beschränktem Umfange und auf besonders gearteten Böden möglich. In Gelb-Lupinen ist die Ernte zufridenstellender ausgefallen, so daß Ware zurzeit noch zu relativ niedrigen Preisen gehandelt wird. Indessen ist ein Preisvergleich zwischen beiden Staaten schwer möglich, da zur Bestellung je eines Morgens Landes von Serradelle etwa 5 bis 9 Kilogramm, aber 40 bis 50 Kilogramm benötigt werden. — Die Kosten für diesen unhaltbaren Zustand trägt einzig der polnische Landwirt, die hohen Transportkosten für den ungewöhnlichen Weg natürlich zu Lasten des Erzeugerpreises gehen.

Der polnische Rohnaphthapreis erhöhte sich in den letzten Tagen auf 230—240 Dollar je 10 Tonnen-Waggon. Die Raffinerien überbieten sich beim Ankauf von Rohnaphtha, um unter allen Umständen Rohmaterial zu erhalten.

Vom polnischen Metallmarkt. Die Preise haben sich im Laufe des vergangenen Jahres mehr oder weniger auf demselben Stand erhalten. Kupfer kostete zu Beginn 1926 zirka 60 Pfund Sterling je Tonne, Ende des Jahres 56.5 Pfd. Stlg. Größeren Schwankungen waren Blei und Zink unterworfen. Der Preis für Blei bewegte sich von 36 Pfd. Stlg. zu Anfang bis 29 Pfd. Stlg. zu Ende des verflossenen Jahres. Zink fiel im Laufe des Jahres von 39 auf 32.5, Antimon von 100 auf 65 Pfd. Stlg. Die Preise für Schwarz- und Weißblech wurden im Zusammenhang mit dem englischen Streik sehr hoch, aber schon im Dezember v. Js. gingen sie zurück. Gegenwärtig beträgt der Preis für Weißblech IC 47 sh je Kiste, für Schwarzblech 23 Pfd. Stlg. je Tonne. Auf dem Warschauer Markt für Metall-Halbprodukte betragen die Preise gegenwärtig bei Kauf ab Fabrik je kg in Złoty: Kupferdraht von 10—6 mm Stärke 4.65, 6—5 mm 4.70, bis 3.5 mm 4.75, bis 2 mm 4.80, bis 1 mm 5.15, bis ½ mm 5.30, bis 0.25 mm 5.50, bis 0.15 mm 6.50, bis 0.1 mm 7.50. Bronzedraht von 5—3.5 mm Stärke 5.45, von 3.49—1 mm 5.80. Straßenbahnfahrdraht „Trolley" 5 Prozent teurer als Kupferdraht. Kupferblech von 10—6 mm Stärke 4.30 und Messingblech 3.60, bis 5 mm 4.35 bzw. 3.65, bis 3.6 mm 4.40, bzw. 3.70, bis 2 mm 4.60 bzw. 3.95, bis 0.25 mm 4.95 bzw. 4.25, bis 0.2 mm 5.30 bzw. 4.65. Die Preise für Kupferrohre betrugen entsprechend ihrer Stärke und ihrem Durchmesser 5.85—7 Złoty je kg, Messingrohre 5.40—6.85.

Die Umsatzsteuer bei der Einfuhr in die Tschechoslowakei (A. K.) In diesem Monat sollen die Beratungen über die Einführung der Umsatzsteuer bei der Einfuhr nach der Tschechoslowakei beendet werden. Die Lösung dieser Frage wurde mit der Revision des Verzeichnisses der luxussteuerpflichtigen Gegenstände in Zusammenhang gebracht. Man wird vor allem bestrebt sein, die Einfuhr von Fertigfabrikaten mit dieser Steuer zu erfassen. Von Halbfabrikaten, Hilfs- und Rohstoffen werden nur einige umsatzsteuerpflichtig sein und man will diesbezüglich die Gutachten der wirtschaftlichen Organisationen berücksichtigen. Die Umsatzsteuer bei der Einfuhr wird wahrscheinlich nicht einheitlich festgelegt werden, sondern es werden für verschiedene Waren verschiedene Prozentsätze gelten. Dadurch sollen einige Nachteile ausgeglichen werden, an welchen die einheimische Produktion zugunsten auswärtiger Erzeuger zu leiden hat. Der Ertrag dürfte nicht um vieles geringer sein, als der Entgang aus der Luxussteuer. Die betreffenden Verlautbarungen werden Ende des Monats erscheinen und die Steuer vermutlich ab 1. Februar in Kraft treten.

Der russische Außenhandel über die europäischen Grenzen schließt die Bilanz des ersten Quartals des Wirtschaftsjahres 1926/27 mit einem Aktivsaldo von 76.4 Millionen Rubel, während dasselbe Quartal des Wirtschaftsjahres 1925/26 ein Passivum von 29.6 Millionen Rubel aufwies. Von dem Gesamtumsatz (340 Mill. Rubel) entfallen auf die Einfuhr 131.8 Mill. Rubel und auf die Ausfuhr 208.2 Mill. Rubel. Den größten Anteil an dieser günstigen Gestaltung des russischen Außenhandels hat der letzte Monat des Quartals, in welchem ein seit Jahren unerreichtes Aktivum in Höhe von 41.8 Mill. Rubel zu verbuchen war. Damit übertrifft der Dezember auch bei weitem das schon als Rekord bezeichntee Aktivsaldo des November in Höhe von 27.2 Mill. Rubel und weist besonders gegenüber dem Dezember des vorigen Wirtschaftsjahres, dessen Bilanz mit einem Passivum von 23.3 Mill. Rubel abschloß, eine beträchtliche Verbesserung auf. Der Gesamtumsatz des Außenhandels ergab im Dezember 111.2 Millionen Rubel (gegen 88.7 Mill. Rubel im Dezember 1925 und 105.2 Mill. Rubel im November 1926). Die Einfuhr belief sich auf 34.7 Mill. Rubel (gegen 56 bzw. 39 Mill. Rubel), die Ausfuhr auf 76.5 Mill. Rubel (gegen 32.7 bzw. 66.2 Mill. Rubel. Wie aus diesen Daten ersichtlich ist, hat zwar die Einfuhr ihre rückläufige Bewegung beibehalten und gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 4.3 Mill. Rubel zu verzeichnen, die Ausfuhr dagegen sich weiter in aufsteigender Linie bewegt und sich gegenüber dem Vormonat um über 10 Mill. Rubel erhöht. Die erste Stelle unter den Exportwaren nehmen landwirtschaftliche Produkte mit 39.2 Mill. Rubel (gegen 37 Mill. Rubel im November) ein, darunter Weizen mit 20.2 Mill. Rubel, Roggen mit 6.2 Mill. Rubel, Gerste mit 3.5 Mill. Rubel, Flachs mit 2.9 Mill. Rubel. Es folgen tierische Produkte mit 8.5 Mill. Rubel, darunter Eier mit 1.9 Mill. Rubel, Wild und Geflügel mit 2.6 Mill. Rubel. Der Eierexport hat etwas abgenommen. Die Butterausfuhr war nur sehr gering. Die Ausfuhr von bearbeitetem Holz betrug 3.8 Mill. Rubel, was eine geringe Vergrößerung gegen November ausmacht. Abgenommen hat dagegen die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz um 1.2 Mill. Rubel. Die Ausfuhr von Rauchwaren belief sich auf 5.1 Mill. Rubel (gegen 4 Mill. Rubel im November), von Zucker auf 2.4 Mill. Rubel (278 000), Ölkuchen 4.3 Mill. Rubel (1.5 Mill.), von Naphthaprodukten auf 6 Mill. Rubel (7.9 Mill.). Im Verhältnis zu Dezember 1925 hat sich der Export von Naphthaprodukten verdoppelt. Die Ausfuhr von Manganerzen betrug etwa das Doppelte der Novemberausfuhr, jedoch weniger als die des Dezember 1925 und stellte sich auf 1.4 Mill. Rubel. Unter den Haupteinfuhrartikeln sind zu nennen: Metalle und Metallerzeugnisse 12.3 Mill. Rubel, darunter Maschinen und Apparate 5 Mill. Rubel (4 Mill. im Nov. und 3.2 Mill. Rubel im Dezember 1925). Ebenso stieg die Einfuhr von Maschinenteilen auf 980 000 Rubel (530 000 im November). Der Import von Buntmetallen betrug 1.8 Mill. Rubel. An Textilmaterialien wurden für 8.6 Mill. Rubel importiert (8.8 Mill.), darunter 4.5 Mill. Baumwolle, 1.7 Mill. Wolle und 1.5 Mill. Rubel Wollgarne. An chemischen Erzeugnissen wurden für 2.5 Mill. Rubel (2.6 Mill. Rubel) eingeführt, davon Kautschuk 2.1 Mill. Rubel, Steinkohle 1.3 Mill. Rubel, ungegerbte Häute 1 Mill. Rubel. Die Einfuhr von Lebensmitteln belief sich auf 2 Mill. Rubel, wovon auf Tee allein 1.6 Mill. Rubel entfallen. Im ganzen ersten Quartal machte der Import von Produktionsmitteln 78.6% des gesamten Imports aus (gegen 3.2% im I. Quartal 1925/26). Die Einfuhr von Industrieausrüstung ergab 16.3 Mill. Rubel, d. h. trotz der Verminderung des Gesamtimports eine Erhöhung um 1 Mill. Rubel. Die Einfuhr von Gebrauchsgegenständen machte im I. Quartal nur 6.7 gegen 24.7% im vergangenen Wirtschaftsjahr aus.

Märkte.

Getreide. Posen, 26. Januar. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Złoty.

Weizen	48.50—51.50	Peluschken	32.00—34.00
Roggen	39.40—40.40	Seradella	22.50—24.50
Weizenmehl (65 %)	71.50—74.50	Senf	63.00—83.00
Roggenmehl (70 %)	57.75	Weizenkleie	27.00
Roggenmehl (65 %)	59.25	Roggenkleie	26.75—27.75
Gerste	29.00—32.00	Fabrikkartoffeln 16%	6.80
Braugerste prima	34.00—37.00	Roggenstroh, lose	1.75—2.00
Hafer	29.25—30.25	Roggenstroh, gepreßt	2.75—3.00
Viktoriaerbsen	78.00—88.00	Heu, lose	8.00—9.00
Felderbsen	51.00—56.00	Heu, gepreßt	—.—
Sommerwicken	35.00—37.00	Tendenz: ruhig.	

Bemerkungen: Viktoriaerbsen in feinsten Sorten über Notiz.

Warschau, 25. Januar. Notierungen für 100 kg franko Verladestation: Kongreßroggen 681 gl (116) 41.50, Posener oder Pommerscher Einheitshafer 32.50, Kongreßhafer 31.80. Die Tendenz ist ruhig.

Lemberg, 25. Januar. Roggen und Weizen ist gut befragt. Die Tendenz ist anhaltend. Notiert wurde: Domänenweizen 54.25—55.25, Sammelweizen 52—53, Roggen 38.25—39.25.

Wilno, 25. Januar. Großhandelspreise für 100 kg: Roggen 42.50—44.50, Hafer 34—36, Braugerste 38—40, Grützgerste 32—40, Weizenkleie 28—30, Roggenkleie 27—29, Kartoffeln 8.50—10.00. Die Tendenz ist ruhig.

Hamburg, 25. Januar. Notierungen für Auslandsgetreide cif Hamburg in holl. Gulden für 100 kg: Weizen: Manitoba I Febr. 16.05, II 15.75, III 15.15, Rosafe März 79 kg 14, April 14.05, Barusso März 79 kg 13.70, April 13.75, Hardwinter II Jan.-Febr. 15.25, Amber Durum Febr. 16.60, Mixed Durum Febr. 16.40, dunajrussische Gerste Jan.-Febr. 11.20, La Plata Febr.-März 62 kg 11, Roggen: Western Rye I Jan. 12.80, II Febr. 12.70, April 12.60, südrussischer, schwimmend 11.70, Mais: La Plata loco 8.65, La Plata März 8.35, April-Mai 8.30, Hafer: Unclipped Plata Febr.-März 46—47 kg 8.55, Clipped Plata 51—52 kg Febr.-März 8.85, Leinsamen: La Plata Febr.-März 17.75.

Berlin, 26. Januar. (R.) Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. 267.00—271.00, März 291—290 Mai 285—284.5, Juli 284—286. **Roggen:** märk. 253.00—256.00, März 270—268.75, Mai 268.5—267.25 Juli 254.25-253.5. **Gerste:** Sommerg. 217—245, Futter- u. Wintergerste 194-204, **Hafer:** märk. 187—198, März 209, Mai 210-209.5, Juli —. **Mais:** loco Berlin: 190—192 **Weizenmehl:** fr. Berlin: 35.25—38.00. **Roggenmehl:** franko Berlin: 35.25—37.25. **Weizenkleie:** franko Berlin: 15.00. **Roggenkleie:** fr. Berlin: 15.00. **Raps:** —.—. **Leinsaat** —.—. **Viktoriaerbsen:** 52—66, **kleine Speiseerbsen** 30—32. **Futtererbsen** 22—25. **Peluschken** 22—23.00. **Ackerbohnen** 20.50—21.50, **Wicken** 23—24.5. **Lupinen** bl. 15.5-16.5 **Lupinen** gelb 17.50—19.00. **Seradella** neue 30—33. **Rapskuchen** 16.20—16.30, **Leinkuchen** 20.70—21.00, **Trockenschnitzel** 11.8-12.00. **Soyaschrot** 19.7—20.1 **Kartoffelflocken** 30.20—30.30. — **Tendenz:** für Weizen etwas fester, Roggen anfangs fest, dann abgeschwächt, Gerste stetig, Hafer fester, Mais fest.

Produktenbericht. Berlin, 26. Januar. (R.) Die Cifofferten von Uebersee, besonders von Argentinien, die im hiesigen Markte gegenwärtig die Hauptrolle spielen, wurden wiederum nicht unwesentlich erhöht, und da vom Inlande das Angebot der Weizensorten dauernd gering ist, vermochten sich die Preise um etwa 2 Mark zu befestigen. Auch die Weizenlieferungspreise eröffneten um 1.50 bis 2 Mk. fester. Bei Roggen macht sich das Fehlen nennenswerter Bestände von Inlandsmaterial immer stärker fühlbar. Das Ausland setzt seine Forderungen gleichfalls von Tag zu Tag mehr herauf, und so ergab sich auch heute wieder eine Preissteigerung um 2 bis 3 Mark. Trotzdem ist weder von der ersten noch von der zweiten Hand nennenswertes Angebot in Inlandsware herausgekommen. Weizenmehl ist um 25 Pf. und Roggenmehl um etwa 50 Pf. pro 100 kg im Preise erhöht bei gleichmäßigem Konsumgeschäft, Die Roggenmehlbestände schrumpfen immer stärker zusammen, während vom Weizenmehl noch reichliche Lager vorhanden sind. Hafer liegt ausgesprochen fest, und auch Gerste ist in besseren Qualitäten stäker begehrt.

Chikago, 24. Januar. Notierungen in Cents für 1 Bushel. Terminpreise: Weizen: Mai 140⅜, Juli 131¼, Sept. 128, Mais: Mai 80⅞, Juli 84⅜, Sept. 86⅜, Hafer: Mai 48¾, Juli 48¼, Sept. 46½, Roggen: Mai 106⅞, Juli 102⅜, September 99. Preise loco: Weizen Nr. II Redwinter 139, Hardwinter II 139, Hardwinter III 140¼, gelber Mais Nr. II 70, gemischt 78⅜, Hafer: weiß Nr. II 61½, Gerste: Malting 60—80.

Metalle. Warschau, 25. Januar. Eisenblech 5 mm und stärker 400 zł, dünnes bis 5 mm 485 zł pro Tonne fr. Waggon Verladestation.

Berlin, 25. Januar. Amtl. Notierungen in Rmk. für 1 kg: Elektrolytkupfer, sofortige Lieferung, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam für 100 kg 127¾, Orig.-Hüttenrohzink im fr. Verkehr 0.61½—0.62½, Zink in Remeltedplatten gewöhnlicher Handelsgüte 0.59½—0.60½, Aluminium 2.10—2.14, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.20—1.25, Silber zirka 0.900 in Barren 79—80, Gold 2.80—2.82 pro Gramm, Platin 13—15½ pro Gramm.

Baumwolle. 25. Januar. Amtl. Notierungen in Cents für 1 lb. Erste Ziffer Verkauf, zweite Kauf, in Klammern Geschäft. Amerik. Baumwolle loco 14.85, Jan. 14.15, März 14.51—14.45, Mai 14.71—14.69, Juli 14.92—14.91 (14.92), Oktober 15.10—15.09 (15.10), Dez. 15.24—15.20. Die Tendenz ist fest.

Kolonialwaren. Hamburg, 25. Januar. Amtl. Notierungen Kaffee: März 75—74¾, Mai 73¼—73, Juli 71½—71¼, Sept. 69¾—69¾, Dez. 67½—67—67. Die Tendenz ist fest.

Neuyork, 24. Januar. Schlußbörse in Cents für 1 lb. Kaffee Rio Nr. 7 loco 14¹/₁₆, Jan. 14.25, März 14.35, Mai 13.75, Juli 13.07, Sept. 12.45, Dez. 12.01, Santos Nr. IV loco 19¼.

Börsen.

Devisenparitäten am 26. Januar.

Dollar: Warschau 8.97, Berlin 8.96, Danzig 8.97.
Reichsmark: Warschau 212.98, Berlin 212.31,
Danz. Gulden: Warschau 173.73, Danzig 173.61,
Goldzloty: 1.7366 zł.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 26. Januar vorm. 12 Uhr für 1 Dollar (Noten) 8.92 zł, Devisen 8.95 zł, 1 engl. Pfund 43.41 zł, 100 schweizer Franken 172.37 zł, 100 franz. Franken 35.33 zł, 100 Reichsmark 211.73 zł, Belg. Franken —.— zł und 100 Danz. Gulden 172.26 zł.

Der Złoty am 25. Januar 1926. Riga 64, Amsterdam 25, Prag 376.50, Zürich 58, Neuyork 11.50, Bukarest 21.75, Tschernowitz 2150, London 43.50, Mailand 256.50, Wien 78.45.

Posener Börse.

	26. 1.	25. 1.		26. 1.	25. 1.
3½% u. 4% Kriegspfandbriefe	38.00	—	Papiernia Bydgoszcz (1000 Mk.)	0.75	0.70
8% dol. listy Pozn. Ziem. Kredyt.	7.60	7.60	Piechcin, Fabr. Wapna i Cem. (1000 Mk.)	—	4.50
6% listy zboż. Pozn. Ziemstwa Kredyt.	19.30	19.20	Pozn. Sp. Drzewna (1000 Mk.)	0.55	—
	19.55	—	Unja (12 zł)	7.20	—
Bk. Zw. Sp. Zarobk. (1000 Mk.)	8.00	8.00		7.25	—
Arkona (1000 Mk.)	1.80	1.75	Wytworn. Chemiczna (1000 Mk.)	0.65	0.65
Cegielski (50 zł.)	—	19.00	Zjed. Browary Grodz. (1000 Mk.)	1.10	—
Herzft.-Vikt. (50 zł.)	23.00	22.50	Tendenz: anhaltend.		
Lubań (1000 Mk.)	—	125.00			

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	26. 1.	25. 1.		26. 1.	25. 1.
Amsterdam	—	359.40	Paris	35.55	35.6
Berlin *)	212.98	212.97	Prag	26.63	26.6
London	43.58	43.60	Wien	—	126.7
Neuyork	8.97	8.97	Zürich	173.0	173.1

*) über London errechnet.

Tendenz: uneinheitlich.

Effekten:	26. 1.	25. 1.		26. 1.	25. 1.
8% P. P. Konwers	97.00	—	W. T. F. Cukru	3.60	3.50
5% ..	47.25	—	Firley	33.00	30.50
5% Poż. Dolar ..	79.00	—	Łazy	0.19	—
10% Poż. Kolej. S. I.	93.50	—	Wysoka	4.15	4.10
Bank Polski (o. Kup.)	94.00	—	Drzewo		—
Bank Dysk.	12.00	11.50	W. T. K. Węgiel	81.50	80.0
B. Hand. W.	4.10	4.10	Pol. Nafta	—	—
Bank Kredytowy	—	—	Pol. Przem. Naft.	—	—
Bank Małopolski	—	—	Nobel	2.55	2.68
Bank Przem. Polski	—	—	Cegielski	17.75	17.65
Bank Przem. Warsz.	—	—	Fitzner	2.70	2.65
Polski Bk. Hdl. Pozn.	—	—	Lilpop	19.85	19.15
Bank Przem. Lwów	0.40	—	Modrzejów	5.80	5.55
Bank Powsz. Kred.	—	—	Norblin	105.00	104.00
Bank Tow. Spółdz.	—	—	Ortwein	0.29	0.29
Bank Wileński	—	—	Ostrowieckie	15.00	15.00
Bk. Zachodni	1.85	1.90	Parowozy	0.67	0.64
Bank Z. Kred.	—	—	Pocisk	1.65	1.65
Bk. Zjed. Z. Polsk.	1.50	1.50	Rohn	—	—
Bank Zw. Sp. Zar.	7.75	7.50	Rudzki	1.40	1.36
Bank Zw. Ziemian	—	—	Unja	—	—
Cerata	—	—	Ursus	1.50	—
Sole Potas	—	—	Wulkan o. K.	—	—
Grodzisk	—	—	Zieleniewski	—	14.50
Kijewski	0.25	0.25	Zjedn. Maszyny	—	—
Puls	4.90	—	Konopie	—	—
Spies	—	57.00	Płótno	—	—
Strem.	—	—	Zawiercie	—	17.5
Wildt	0.06	—	Żyrardów	12.70	12.5
Elektr. w Dąbr.	—	26.00	Borkowski	1.32	1.3
Elektryczność	52.00	51.00	Jabłkowscy	0.11	0.11
Pol. Tow. Elektr.	0.15	0.15	Syndykat	—	1.80
Starachowice	2.47	2.40	Tkanina	—	—
Brown Boveri	1.55	1.50	Haberbusz	82.00	83.00
Zgierz	1.80	1.80	Herbata	—	17.50
Siła Światło	39.40	39.50	Spirytus	2.10	2.05
Chodorów	—	—	Żegluga	0.15	—
Czersk	0.35	0.37	Majewski	—	—
Częstocice	1.40	1.47	Mirków	—	—
Gosławice	41.00	41.50	Młynotwórnia	—	—
Michałów	0.28	0.27	Lombard	3.60	—
Ostrowite	—	—	Pustelnik	—	—

Tendenz: fest.

Danziger Börse.

Devisen	26. 1. Geld	25. 1. Geld		26. 1. Geld	26. 1. Brief	25. 1. Geld	25. 1. Brief
London	25.08½	25.07	Berlin	—	—	—	—
Neuyork	—	—	Warschau	57.53	57.67	57.43	57.57
Noten:							
London	—	25.06	Berlin	—	—	—	—
Neuyork	—	—	Polen	—	—	57.45	57.60

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	26. 1.	25. 1.	Devisen (Geldk.)	26. 1.	25. 1.
London	20.437	20.447	Kopenhagen	112.24	112.30
Neuyork	4.214	4.2135	Oslo	107.67	107.64
Rio de Janeiro	0.493	0.495	Paris	16.66	16.65
Amsterdam	168.39	168.44	Prag	12.475	12.474
Brüssel (100 Belga)	58.62	58.595	Schweiz	81.135	81.15
Danzig	81.44	81.59	Bulgarien	3.044	3.045
Helsingfors	16.595	10.595	Stockholm	112.45	112.44
Italien	18.10	18.250	Budapest (100 P.)	73.71	73.67
Jugoslawien	7.413	7.413	Wien	59.47	59.42

(Anfangskurse).

R.) Effekten:	26. 1.	25. 1.		26. 1.	25. 1.
5% Deutsche Anl.	0.9	0.94	Farbenindustrie	332	343½
Allg. Dsch. Eisenb.	109.5	110	Oberschl. Koks	—	151¾
Elektr. Hochbahn	—	—	Riedel	111.5	113¾
Hapag	172	174⅝	A. E. G.	175.5	181½
Nordd. Lloyd	159	161	Bergmann	181	185
Berl. Handelsges.	274	280	Schuckert	178⅞	182¼
Comm. u. Privatb.	216.5	220.5	Siemens Halske	215.5	220¾
Darmst. u. Nat. Bk.	287	288¼	Linke Hoffmann	94¾	96½
Dtsch. Bk.	190	193¾	Adler-Werke	120⅛	123.5
Disc. Com.	183.5	185.5	Daimler	104.5	108
Dresdener Bank	182¼	185¼	Gebr. Körting	114	115½
Reichsbank	180.5	181¾	Motoren Deutz	84	85¼
Gelsenkirchener	192.5	196¾	Orenstein & Koppel	141¼	144¼
Harp. Bgb.	207	212.5	Deutsche Kabelw.	136⅞	137
Hoesch	198	204	Deutsch. Eisenh.	115	116
Hohenlohe	31	33⅜	Metallbank	175	183
Ilse Bgl.	271.5	275.5	Stettiner Vulkan	96¾	103.5
Klöckner-Werke	178½	183⅞	Deutsche Wolle	61¾	61
Laurahütte	90¼	93	Schles. Textil	83	83¾
Obschl. Eisenb.	126¼	129¼	Feldmühle Pap.	195	198½
Phönix	144⅞	148½	Ostwerke	283	291
Rombacher	—	—	Conti Kautschuk	123¼	127.5
Schles. Zink	153	159¾	Sarotti	216½	220
Dtsch. Kali	171¼	145¼	Schulth. Pt.	334	340½
Dynamit Nobel	166	168½	Deutsch. Erdöl	189	194⅞

Tendenz: überwiegend besser.

Ostdevisen. Berlin, 26. Jan. 2^{30} nachm. (R.) Auszahlung Warschau 46.98—47.22, Große Polen 46.76—47.24, Kleine Polen 46.66—47.14. 100 Rmk. = 211.77—212.85.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 25. Januar, vormittags 11^{10} Uhr. (R.) Da zu den ersten Kursbildungen noch Realisationen erfolgten, ist die Haltung bei uneinheitlichen Kursbildungen überwiegend etwas besser und zwar um 1 bis 3% und vereinzelt für führende Papiere auch 4 bis 5%. So bei Farbenindustrie und Elektrizitätswerte. Einzelne Werte wie Rheinstahl 4% und Mannesmann 6% Besserung. Kriegsanleihen weiterhin leicht abgeschwächt. Geschäft ruhig bei allgemein ruhiger Stimmung. Generaldirektor Katzenellenbogen erklärt die Gerüchte, daß er durch Aktienbesitz an der Commerzbank interessiert sei und eine Vereinigung der Mitteldeutschen Kreditbank und Commerzbank anstrebe, für falsch. Die Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Die Tendenz ist überwiegend besser.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Balkanpolitik wider Willen. Die Räder drehen sich fast ohne Zutun Frankreichs; ihr Triebwerk aber hat einen gewissen Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Politik, hauptsächlich der italienischen und der englischen. In halbamtlichen Aeußerungen mag sich die französische Regierung ruhig auf die Mitunterzeichnung des Vertrages von 1920 durch England, Italien und Japan berufen. Diese Staaten haben die Bande mit Südslawien und Rumänien beizeiten zu lockern verstanden. Dagegen hat Frankreich in seiner hysterischen Besorgnis, ja Deutschland von Osten und Südosten, an der Weichsel und Donau, umklammert zu halten, sich immer fester binden lassen. Wenn es sich auch eines schönen Tages vielleicht loslösen möchte, könnte es das jetzt nur sehr schwer und — „den Letzten beißen die Hunde".

Dr. Marx' Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Heute voraussichtlich Verhandlungen über die Personalfragen.

Berlin, 26. Januar. (TU.) Die gestern gemeinsam mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und des Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geführten Verhandlungen des geschäftsführenden Reichskanzlers Dr. Marx mit den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion nahmen heute ihren Fortgang. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat ihre Fraktionssitzung wieder um 5 Uhr nachmittags anberaumt, um sich mit den Ergebnissen der heutigen Besprechungen zu beschäftigen. Eine Fraktionssitzung der Deutschnationalen, die bereits um 2 Uhr nachmittags stattfindet, wird sich nur mit Fragen der Tagesordnung der heutigen Sitzung befassen. Auch die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei halten nach der heutigen Plenarsitzung Fraktionssitzungen ab. Der Optimismus in parlamentarischen Kreisen geht so weit, daß man glaubt, schon heute mit Besprechungen über Personalfragen beginnen zu können. Die Deutschnationalen scheinen in erster Linie die Besetzung des Reichsinnenministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Reichsministeriums der besetzten Gebiete für sich in Anspruch zu nehmen. Wegen der Besetzung des Finanzministeriums soll, wie es heißt, mit dem auf dem linken Zentrumsflügel stehenden badischen Staatspräsidenten Köhler bereits Fühlung genommen worden sein. Wie verlautet, wollen die Deutschnationalen in das neue Kabinett die Herren Wallraf, Schenk v. Stauffenberg und Dr. Treviranus entsenden; auch Herr von Lindeiner wird ebenso wie der Abg. Graef-Thüringen als Kandidat für einen Ministerposten genannt. Aus dem alten Kabinett werden aller Wahrscheinlichkeit nach Stresemann, Curtius Brauns, Geßler, Krohne und Stingl übernommen werden, während das Verbleiben Dr. Haslindes davon abhangen dürfte, ob die Deutschnationalen nicht auch das Reichsernährungsministerium zugesprochen erhalten. Viel beachtet wurde in parlamentarischen Kreisen die Bemerkung der heutigen Morgenausgabe der „Germania", die die volksparteilichen Mitteilungen über geheime Abmachungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen in kulturpolitischer Beziehung ebenfalls dementiert und gleichzeitig der Befürchtung Ausdruck gibt, daß auf die Deutsche Volkspartei in kulturpolitischen Dingen wenig Verlaß sein dürfte, da noch viel von dem alten Kulturkampfgeist in ihr vorhanden zu sein scheine. Die demokratische Morgenpresse greift ähnliche Erwägungen auf und schreibt, daß die Volkspartei jetzt nach den Demokraten als Sekundanten für die Auseinandersetzung über diese Frage schreie. Die Demokraten seien sich aber für diese Rolle zu gut. Daraus wird in parlamentarischen Kreisen geschlossen, daß die Demokraten sich an der neuen Regierung nicht beteiligen wollen.

Vor der Einigung.

Zu dem Ergebnis der gestrigen Verhandlungen zur Regierungsbildung.

Berlin, 26. Januar. (R.) Die gestrigen Verhandlungen des Reichskanzlers Dr. Marx mit den deutschnationalen Unterhändlern über die Richtlinien des neuen Kabinetts haben den Blättern zufolge bis auf drei Restpunkte zu einer Einigung geführt. Die noch unerledigten Punkte sollen Fragen der Formulierung der Außenpolitik und des Verfassungsproblems betreffen. In diesen Restpunkten dürfte eine Eingung bis heute mittag erreicht werden.

Die Demokraten bleiben der Regierung fern.

Berlin, 25. Januar. (R.) Wie das „Berliner Tageblatt" hört, wird die demokratische Reichstagsfraktion nicht in die Regierung eintreten. Jedoch soll Dr. Rheinhold für seine Person das Amt des Finanzministers auch in der neuen Regierung zu behalten zugesagt haben.

Eine Unterredung des deutschen Reichsaußenministers mit einem Times-Vertreter

Berlin, 26. Januar. (R.) In einer Unterredung mit einem Berichterstatter der „Times" wendet sich Dr. Stresemann gegen gewisse in Auslandszeitungen erschienene aufgebrachte falsche Meldungen über die Gefährdung der Londoner und Locarnopolitik. Er sagte: Die Ursachen der Regierungskrise liegen auf innerpolitischem Gebiet, und erklärte, daß sich auf außenpolitischem Gebiete eine übergroße Mehrheit für die von ihm und Reichskanzler Marx geführte und vom Reichspräsidenten gebilligte Politik herausgebildet habe. Jetzt, wo die Widerstände gegen seine Außenpolitik so zusammengeschrumpft sind, kann kein Vernünftiger annehmen, daß ich von dem klaren vorgezeichneten Weg abzubringen bin, dasselbe gilt auch von Reichskanzler Marx. Zum Schluß sagt er: Wenn jetzt die Deutschnationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt, und wenn sie, wie unzweifelhaft feststeht, unter Festhaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik beistimmt, so bedeutet dies nichts anderes, als daß sich seit Oktober 1925 in Deutschland ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß das Verständnis für die Locarnopolitik lebendig geworden ist, und daß diese Politik in Zukunft in der Oeffentlichkeit und im Reichstage auf Unterstützung rechnen kann.

Die 500 Millionen-Anleihe des Deutschen Reiches abgeschlossen.

Berlin, 25. Januar. (T.-U.) Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt: Soeben ist die Deutsche Reichsanleihe im Betrage von 500 Millionen, verzinslich zu fünf Prozent, zu einem Ausgabekurs von 92 Prozent abgeschlossen worden. 300 Millionen sind von einem Bankenkonsortium übernommen worden, 200 Millionen sind freihändig mit neunmonatiger Sperrfrist auf dem Geldmarkt untergebracht worden. Die Zeichnungsfrist für die Anleihe läuft vom 3. bis 11. Februar. Die Frist für die Einzahlung läuft vom 21. bis 23. Februar. Als Begründung für die jetzige Ausgabe der Anleihe wird angeführt, daß das Reichsfinanzministerium es für richtig gehalten hat, den gesamten Anleihebedarf des Reiches auf einmal zu decken und dies in dem gegenwärtig besonders günstigen Momente zu tun, da es zurzeit möglich ist, die Anleihe mit einem Zinssatz von fünf Prozent günstig unterzubringen, während noch im Jahre 1926 dieser Satz sieben Prozent betragen haben würde. Der Gesichtspunkt des Zinsfußes ist weiter insofern von besonderer Bedeutung gewesen, als man hofft, durch die neue Anleihe einen Normalzinsfuß für gut fundierte Papiere geschaffen zu haben, der es insbesondere auch ermöglicht, den Realkredit, der für den Hausbau von besonderer Wichtigkeit ist, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Fünfprozentige auslosbare Reichsanleihe.

Berlin, 25. Januar. (T.-U.) Die bereits oben gebrachte Mitteilung über die neue Reichsanleihe wird durch folgendes amtliches Communiqué bestätigt: Von den Kreditmöglichkeiten, die dem Reich zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben durch die Etatsgesetze von 1925 und 1926 in Höhe von rd. 940 Millionen RM. eingeräumt worden sind, hat das Reich bisher weder im Wege einer öffentlichen Anleihe, noch im Wege von Schatzanweisungen Gebrauch gemacht, weil seine Kassenlage es gestattete, eine bessere Entwicklung des Kapitalmarktes und dementsprechend eine Herabsetzung des Zinsfußes abzuwarten. Die inzwischen erfolgte Senkung des Reichsbankdiskonts auf fünf Prozent und die befriedigende Verfassung des Geldmarktes haben nunmehr den Reichsminister der Finanzen bestimmt, den besonders günstig erscheinenden Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen, sondern einen Betrag von 500 Millionen RM. fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe zu begeben. Von diesen werden 300 Millionen RM. von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankiers übernommen; die restlichen 200 Millionen RM. sind zum weitaus größten Teil bereits mit vorläufiger Sperrverpflichtung untergebracht. Die Anleihe ist bis 1934 untilgbar; von da ab erfolgt die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslosung zum Nennwert. Eine verstärkte Tilgung oder Gesamtkündigung ist bis 1937 ausgeschlossen. Die Zeichnung findet zum Kurse von 92 Prozent in den Tagen vom 3. bis 11. Februar 1927 statt; die Einzahlung ist in Höhe des Zeichnungsbetrages zuzüglich Stückzinsen ab 1. Februar 1927 in der Zeit vom 21. bis 23. Februar 1927 zu leisten. Die Einführung der Anleihe an den deutschen Börsen und die Erklärung der Lombardfähigkeit bei der Reichsbank werden sofort in die Wege geleitet werden.

Ein neuer französisch-italienischer Zwischenfall?

Paris, 25. Januar. (T.-U.) Die französische Presse umrahmt die Bekanntgabe des Urteils im Katalanen-Prozeß mit einer sensationell aufgemachten Nachricht aus Nizza, daß ein 24jähriger italienischer Untertan dort verhaftet worden sei, der im Begriffe war, den Redakteur Sacchi des in Paris erscheinenden Emigrantenblattes „Corriere degli Italiani" über die italienische Grenze zu locken, in der Absicht, ihn dort den faszistischen Behörden auszuliefern. Er habe Sacchi vorgeredet, er sei wegen eines Zusammenstoßes mit einem der Matteotti-Mörder zur Flucht ins Ausland gezwungen gewesen und wolle sich nun zusammen mit Sacchi an Mussolini rächen. Mussolini müsse ermordet werden. Der Verhaftete, der Volpi heiße, habe nach der Verhaftung ein Geständnis abgelegt und u. a. verraten, er habe finanzielle Unterstützung von dem Direktor des in Nizza erscheinenden Faszistenblattes erhalten.

Die Ostfestungen.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 26. Januar, (R.) Havas meldet: Die Verhandlungen über die deutschen Ostfestungen verliefen günstig. Man glaubt, daß sie bis 31. 1. zu einem Ergebnis führen werden.

Eine andere Pariser Meldung über die Verhandlungen über die deutschen Ostfestungen aus Paris lautet: Ueber die Verhandlungen, die General von Pawells mit dem Interalliierten Kontrollkomitee, das unter dem Vorsitz von Marschall Foch steht, über die deutschen Ostfestungen führt, verbreitet die französische Morgenpresse optimistische Berichte.

Das „Journal" hält eine vollkommene Regelung der Angelegenheit bis zu Ende dieser Woche für möglich und kündigt den Zusammentritt der Botschafterkonferenz, die das letzte Wort in dieser Angelegenheit zu sagen hat, für Freitag oder Sonnabend an. Oberst Micheles vom deutschen Kriegsministerium soll General von Pawells bei seinen technischen Beratungen unterstützen.

Auch der „Matin" spricht von der Fortführung der neunmehr befristet verlaufenden Verhandlungen und stellt fest, daß der allgemeine Eindruck, den die Verhandlungen hervorriefen, günstig sei.

Zwischen Averescu und Bratianu.

Bukarest 25. Januar. (Eig. Meldung.) Infolge des Ueberschwenkens Averescus ins Lager des Exkronprinzen Carol, worüber wir berichteten, versucht Bratianu durch alle Mittel, Averescu zu stürzen. Die neue Formel ist: Bildung einer nationalen Regierung unter neutraler Präsidentschaft, wobei allerdings als Ministerpräsident ein Vertrauter Bratianus, der ehemalige Generalquartiermeister General Pressan genannt wird. Infolgedessen hat Bratianu auch den Vizepräsidenten der Nationalen Bauernpartei, Minister a. D. Lupu, der zur Kur in Karlsbad weilt, gebeten, im Interesse des Landes sofort zurückzukehren. Bratianu wird eine Zusammenkunft mit Averescu haben, die für die Klärung der politischen Lage entscheidend werden dürfte, da Bratianu sicherlich Klarheit über Averescus Absichten verlangen wird und außerdem auch seine Stellungnahme zur Bildung einer nationalen Regierung. Es kann aber gesagt werden, daß die Ereignisse der letzten Woche die Macht Averescus derart gestärkt haben, daß von einem Erfolg Bratianus in seiner Aktion heute nicht mehr die Rede sein kann.

Vor großen Ereignissen in China.

Ein französischer Konsul verhaftet.

Paris, 25. Januar. (Eig. Meld.) Nach vorliegenden Meldungen aus Hongkong ist die Lage in Kiukiang als äußerst ernst zu betrachten. Der französische Konsul wurde verhaftet, jedoch wieder freigelassen, nachdem er die Versicherung abgegeben hatte, die französische Konzession nicht zu verlassen. An französischer zuständiger Stelle liegt noch keine Bestätigung dieser Meldung vor. Im übrigen hält man in China neuerdings antibritische und fremdenfeindliche Kundgebungen infolge des Ausbruches des Generalstreiks in Schanghai für unmittelbar bevorstehend. Russische Truppen sollen an der mandschurischen Grenze zusammengezogen worden sein, und die Kanton-Truppen rücken auf Schanghai vor. Die Zahl der britischen Seestreitkräfte wird dieser Tage auf 75 Kriegsschiffe gesteigert.

Deutsches Reich.

Die Berliner Metallarbeiter kündigen ihre bisherigen Tarife.

Berlin 25. Januar. (R.) Die Vertreter und Betriebsleute haben beschlossen, vom Verband der Berliner Metallarbeiter aus den Rahmentarif zu kündigen und die Beseitigung des Ueberzeitabkommens zu fordern.

Aus anderen Ländern.

Die englische Auffassung zur deutschen Regierungsbildung.

London, 25. Januar. (Eig. Meld.) In englischen politischen Kreisen und in der Presse interessiert man sich neuerdings in zunehmendem Maße für die Neubildung der deutschen Regierung. An maßgebender englischer Stelle legt man sich naturgemäß, wie stets in solchen Fällen, starke Zurückhaltung auf. Auf Grund einer Unterhaltung des Vertreters des Deutschen Dienstes mit einer offiziellen Persönlichkeit kann der englische Standpunkt wie folgt umschrieben werden: Es sei von jeher das Prinzip der englischen Politik gewesen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Das schließe jedoch nicht aus, daß man dem Versuch mehrerer Führer der deutschen Rechten große Beachtung schenke. Internationale Beobachter, die den Gang der Ereignisse aus nächster Nähe verfolgten, hegten und — wie der Gewährsmann meinte — nicht ohne Recht, einige Besorgnisse.

Vier Kinder verbrannt.

London, 26. Januar. (R.) Bei einem Großfeuer in einem Hause in Edinbourgh kamen vier Kinder ums Leben. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Die Kinder waren in einer Wohnung untergebracht, die verschlossen war.

Flugzeugunglück.

Paris 26. Januar. (R.) Gestern nachmittag ist auf einem Übungsflug bei Créutil ein Militärflugzeug brennend abgestürzt. Der Pilot konnte sich durch Abspringen mit einem Fallschirm retten. Der Beobachter, ein Offizier, wurde unter den Trümmern des Flugzeuges begraben und getötet.

Keine Beschlagnahme des Baues der „Gagfa".

Kaiserslautern, 26. Januar. (R.) Die Beschlagnahme und Räumung des Gagfaneubaues ist durch die französischen Besatzungsbehörden aufgehoben worden.

Slowakische Demonstration gegen Dr. Benesch.

Prag, 25. Januar. (Eig. Meld.) Der neue slowakische Minister Dr. Gazik hat an dem vom Außenminister Dr. Benesch veranstalteten Diplomaten-Tee nicht teilgenommen und sich durch Ueberbürdung mit Arbeit entschuldigen lassen. Nach tschechischen Blättern habe Minister Gazik die Einladung aus grundsätzlichem Widerstand der slowakischen Volkspartei gegen Dr. Benesch nicht angenommen. Dadurch wird auch die Nachricht bestätigt, daß die Slowaken in absehbarer Zeit den Rücktritt Dr. Benesch' verlangen werden.

Die Gründe der Slowaken für ihren Regierungseintritt.

Prag, 25. Januar. (Eig. Meld.) Ueber die Gründe, die die Slowaken haben, in die Regierung einzutreten, schreibt der Preßburger „Slowak": „Die Strömungen in der internationalen Politik, den Frieden von Versailles zu erschüttern, waren für die Slowaken ein ernstes Moment, das in der Zeit, in der sie leben, die Mitarbeit der ganzen Slowakei in der Regierung unbedingt notwendig sei. In dem Augenblick, wo der ungarische Ministerpräsident Bethlen treten will, sind die Slowaken in die Regierung eingetreten und erwarten daher, daß dieser Schritt in der Außenpolitik der Tschechoslowakei segensreiche Folgen für die Slowaken hat und das Prestige wesentlich heben wird.

Der Genfer Prozeß gegen den Beleidiger des Grafen Bethlen.

Genf, 25. Januar. (T.-U.) Die Gerichtsverhandlung gegen den Ungarn Justh dauerte bis in den Abend hinein, ohne daß es zur Urteilsfällung kam. Nach der Mittagspause setzte der Verteidiger, der Pariser Kammerdeputierte Moutet, sein Plädoyer fort. Er legte eingehend die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns dar und gab eine ausführliche Schilderung der bekannten Frankenfälscheraffäre, sowie der darin verwickelten Personen, wobei er in heftigster Form schwere Vorwürfe gegen den Grafen Bethlen richtete, den er als einen der Hauptschuldigen der Frankenfälscheraffäre darstellte. Aus der gesamten Situation der fortgesetzten Unterdrückung und Verfolgung aller Feinde der Regierung Bethlens in Ungarn müsse die Tat Jusths verstanden werden. Die Schweiz sei das Land der Freiheit und der Demokratie; sie müsse für die Handlung des Protestes gegen die Unterdrückung der Freiheit in Ungarn Verständnis haben. Der Verteidiger beantragte sodann die Freisprechung des Angeklagten.

Nachdem der Angeklagte Justh auf das Wort verzichtet hatte, erwiderte der Oberstaatsanwalt auf die Ausführungen des Verteidigers. Er betonte, die Verteidigung habe in sehr geschickter Taktik das Verhandlungsthema verschoben und eine völlig einseitige Darstellung der Ereignisse in Ungarn in den letzten Jahren gegeben. Es handele sich jedoch bei diesem Prozeß nicht um die Bewertung der politischen Lage in Ungarn, sondern ausschließlich um die Unantastbarkeit eines Delegierten einer fremden Nation beim Völkerbund. Justh sei persönlich niemals von der ungarischen Regierung verfolgt worden. Die Hauptsache sei für die Schweiz nicht die Verurteilung, sondern die Ausweisung Jusths aus schweizerischem Gebiet für Lebenszeit. Nach einer kurzen Antwort des Verteidigers vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf morgen vormittag. Man hofft, daß die zur Urteilsfällung notwendige Mehrheit von zehn Stimmen bei zwölf Geschworenen gefunden und das Urteil dann gefällt wird.

Der amerikanische Senat für ein Schiedsgericht in der mexikanischen Streitfrage.

Washington 26. Januar. (R.) Der amerikanische Senat nahm die Resolution des Senators Robinson, welche die Verweisung des Konfliktes von Mexiko an ein Schiedsgericht fordert, an.

Letzte Meldungen.

Die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx.

Berlin, 26. Januar. (R.) Gestern fanden Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx und des Ministers Dr. Braun mit den Unterhändlern der Deutschnationalen Fraktion statt, die gegen 1 Uhr unterbrochen worden sind. Wie der Reichskanzler der Presse mitteilte, sind die meisten Fragen mit den Deutschnationalen gelöst. Das Ergebnis wird in parlamentarischen Kreisen günstig beurteilt.

Rücktrittsschreiben des bulgarischen Gesandten in Berlin.

Sofia, 25. Januar. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß der bulgarische Gesandte in Berlin, Professor Popoff, an den Außenminister Bulgariens, Buroff, einen Privatbrief gerichtet hat mit der Bitte, ihn von seinem Posten abzuberufen. Professor Popoff äußert den Wunsch, sich ungestört und ganz seinen wissenschaftlichen Studien widmen zu dürfen. Es wird angenommen, daß dem Wunsch stattgegeben wird. Als Nachfolger wird der englischen Regierungskreisen nahestehende Generalsekretär des Sofioter Außenamtes, Minkoff, genannt.

Raubüberfall.

Hamburg, 26. Januar. (R.) Gestern nachmittag überfielen zwei Männer den 75 Jahre alten Inhaber eines Zigarrengeschäftes, warfen ihn zu Boden und fesselten den Ueberfallenen. Dann raubten sie 450 Mark und entflohen. Dem alten Herrn gelang es aber bald, sich von den Fesseln zu befreien und Anzeige zu erstatten. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

Landung eines Freiballons auf tschechischem Gebiet.

Berlin, 26. Januar. (R.) In Nordböhmen ist ein reichsdeutscher Ballon, der bei Leipzig zu einer Vergnügungsfahrt aufgestiegen war, niedergegangen. Der Ballon wurde vorläufig von den tschechischen Behörden beschlagnahmt.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: Richard J. Schulz. Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Brutto-Bilans Banku Cukrownictwa Sp. Akc. w Poznani[u]

Stan czynny — **na dzień 31. grudnia 1926 r.** — **Stan bierny**

Stan czynny

	zł	zł	gr
Kasa i sumy do dyspozycji:			
a) gotowizna w kasie	1 263 078,67		
b) pozostałość w Banku Polskim i w Pocztow. Kasie Oszczędności	4 389 835,55	5 652 914	22
Waluty zagraniczne		257 735	82
Papiery wartościowe własne:			
a) pożyczki państwowe	773,34		
b) listy zastawne	724,54		
c) obligacje	625,—		
d) akcje	1 430 763,24	1 432 886	12
Udziały i akcje w przedsiębiorstw. konsorcjalnych		315 272	17
Papiery wartościowe ustawowego kapit. zapasowego		195 220	15
Weksle zdyskontowane		34 577 553	02
Weksle protestowane		158 320	83
Pożyczki terminowe (hipoteki)		812 372	52
Rachunki bieżące:			
a) zabezpieczone:			
1. papierami wartościowymi	742 655,36		
2. towarami	28 424 968,13		
3. w inny sposób	3 336 700 26		
b) niezabezpieczone	775 524,81	33 279 348	56
Odbiorcy i dostawcy		38 236 579	35
Banki „Loro":			
a) krajowe	267 045,12		
b) zagraniczne	488 257,70	755 302	82
Banki „Nostro":			
a) krajowe	230 429,83		
b) zagraniczne	16 284 581,31	16 515 011	14
Nieruchomości		1 188 654	—
Ruchomości		208 346	—
Koszty handlowe	3 498 771,47		
Podatki	585 061,22	4 083 832	69
Sumy przechodnie		652 884	80
		138 322 734	21
Udzielone gwarancje		56 494 699	93
Inkaso		3 168 053	38
		197 985 487	52

Stan bierny

	zł	zł
Kapitały własne:		
a) zakładowy	4 800 000,—	
b) zapasowy	550 000,—	5 350 000
Wkłady:		
a) terminowe	3 267 137,75	
b) a vista	3 456 801,51	
c) salda kredytowe rachunków bieżących	23 201 082,62	29 925 021
Cukrownie		50 930 817
Redyskonto weksli		31 075 854
Banki „Loro":		
a) krajowe	21 110,78	
b) zagraniczne	88 760,75	109 871
Banki „Nostro":		
a) krajowe	259,76	
b) zagraniczne	3 842 833 20	3 843 092
Przekazy na bank		1 053
Wierzyciele hipoteczni		66 431
Fundusz emerytalny		21 889
Procenty i prowizje		5 073 465
Rachunki oddziałów		931 538
Sumy przechodnie		4 147 425
Odbiorcy i dostawcy		6 796 025
Dywidenda niepodniesiona		40 860
Pozostałość zysku z roku ubiegłego		9 387
		138 322 734
Zobowiązania z tytułu udzielonych gwarancji		56 494 699
Różni za inkaso		3 168 053
		197 985 487

Ein sanfter, schneller Tod hat am 24. d. Mts. unsern Herrn Chef, den

Hotelbesitzer u. Großdestillateur

Paul Zweiger

aus unserer Mitte gerissen.

Wir trauern um den so früh Heimgegangenen, als um ein Vorbild, dessen unvergeßliche Herzensgüte und Arbeitsfreude uns stets zur Nacheiferung anspornen werden.

Grätz, den 26. 1. 1927.

Die Angestellten der Firma Paul Zweiger.

Nach kurzer Krankheit hat Gott am 24. d. Mts. den Kirchenältesten,

Hotelbesitzer

Paul Zweiger

aus unserer Mitte abberufen.

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter am Aufbau der Gemeinde.

Möge sein Gedächtnis unter uns im Segen bleiben!

Der evangel. Gemeindekirchenrat
Rudolph.

Grätz, den 26. Januar 1927.



